INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

30. März 1995

Nr. 325

Liebe Leserinnen und Leser,
zum Ersten: das ist nun die Nummer 325 unseres mal mehr und mal weniger oft gelesenen Wocheninfos. Wenn wir gerade so aus dem Fenster schauen, bekommen wir ja schon das kalte grausen - wo wir uns doch eigentlich schon auf den Frühling gefreut hatten, hat es jetzt noch mal so richtig geschneit. Vielleicht hängt das ja auch mit dem Klimagipfel zusammen, mit dem Klima aber sicherlich nicht. Mit der Mobilisierung zum Bonzengipfel sieht es allerdings nicht besser aus, als mit dem Wetter. Auf der VV am letzten Donnerstag sollen ja nur 10-15 Leute gewesen sein. Es ist irgendwie gerade nicht viel los in unseren Zusammenhängen. Dabei hätte es doch gute Chancen gegeben, der sowieso sehr umstrittenen Gipfelshow mit einer Reihe autonome Aktionen den Rest zu geben. Nun denn, am Sammstag findet auf jeden Fall die Bündnisdemo statt und es bleibt zu hoffen, daß der autonome Block der Demo noch ein wenig ein radikaleres Profil verleiht.
Zum Stichwort VV wäre ja noch zu sagen, daß heute im Mehringhof die Vollversammlung zu Autonomie-Kongress stattfindet. Wer also heute Abend schon etwas vor hat oder nicht: HIN ZUR VV. Die Kongress-Ini braucht unbedingt noch Unterstützung, damit sich das offene Konzept doch noch verwirklichen läßt (siehe dazu auch das Papier der Kultur AG im Heft).
Zur Post ist mal wieder zu sagen, daß der Briefkasten nicht gerade voll mit spannenden Artikeln und Diskussionen war. Aber schönen Dank natürlich für die Schoki und die zahlreichen Zeitschriften und Bücher.

Ordner
BP zum Klimagipfel
BauarbeiterInnenflugi
(Nichts) Neues aus der Berliner Fascho-Szene
Brief im Rausch der Tiefe an andere VeganerInnen
Protestaktion vor mexikanischen Konsulat

Anschlag auf Kriegerdenkmal

WARSCHAU. Im südpolnischen Kujawy ist in der Nacht zum Montag ein Brandanschlag auf ein deutsches Kriegerdenkmal verübt worden. Erst im Februar waren zwei andere Kriegerdenkmäler in der Region zerstört worden. Seit 1991 wurden in ehemals oberschlesischen Gemeinden etwa 80 Kriegerdenkmäler renoviert oder neu errichtet. Einige von ihnen wurden mit stilisiertem Eisernen Kreuz und Stahlhelm geschmückt, was heftige Proteste der polnischen Behörden und der Einwohner hervorgerufen hatte.

(dpa/jW)

Inhalt

Sylt für alle - sonst gibts Krawalle

Erfrechte sich doch die Sylter Bourgeoisie eines direkten Angriffs gegen die proletarischen Massen und damit gegen uns alle! Sperren wollen sie Sylt für diejenigen, die Urlaub nicht als bloße Konsumierung von 20 Mark-Pizzen und Nobelhotels verstehen. Die Kurtaxe soll künftig BesucherInnen direkt am Bahnhof abgepreßt werden, um somit den Pfeffersäcken wenigstens teilweise ihren entgangenen Profit zu gewährleisten. Das ist eine direkte Provokation gegen Nichtreiche! Das nehmen wir nicht hin und rufen zum Politischen Chaostag am Samstag, 25.3.1995. Treffpunkt in Hamburg-Altona ist um 5.30 Uhr (morgens) am Bahnsteig. Mitzubringen sind 3 Mark pro Person für die Bahnfahrt und Verpflegung für den Tag. Friede den Hütten, Krieg den Palästen!

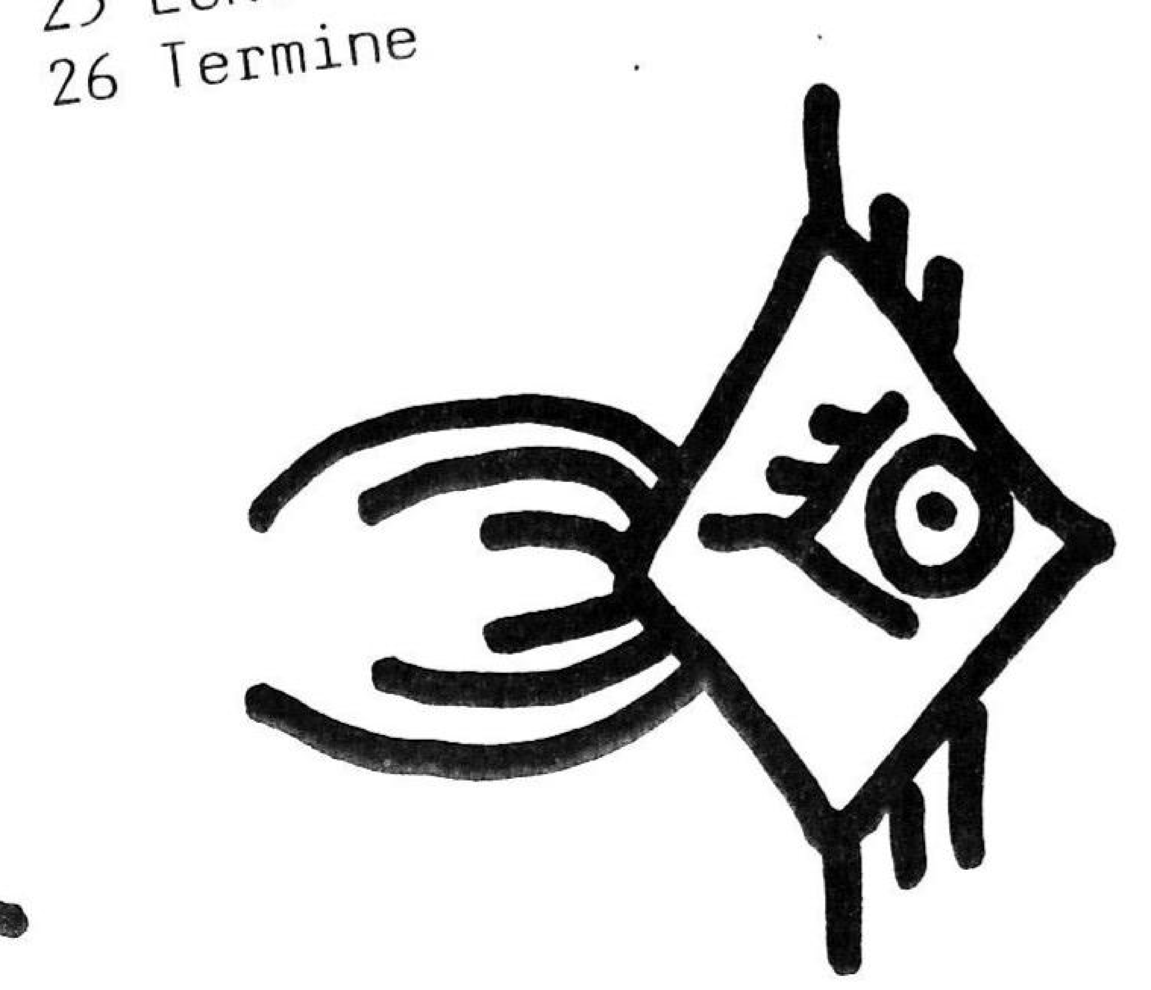
Strandguerilla Hamburg

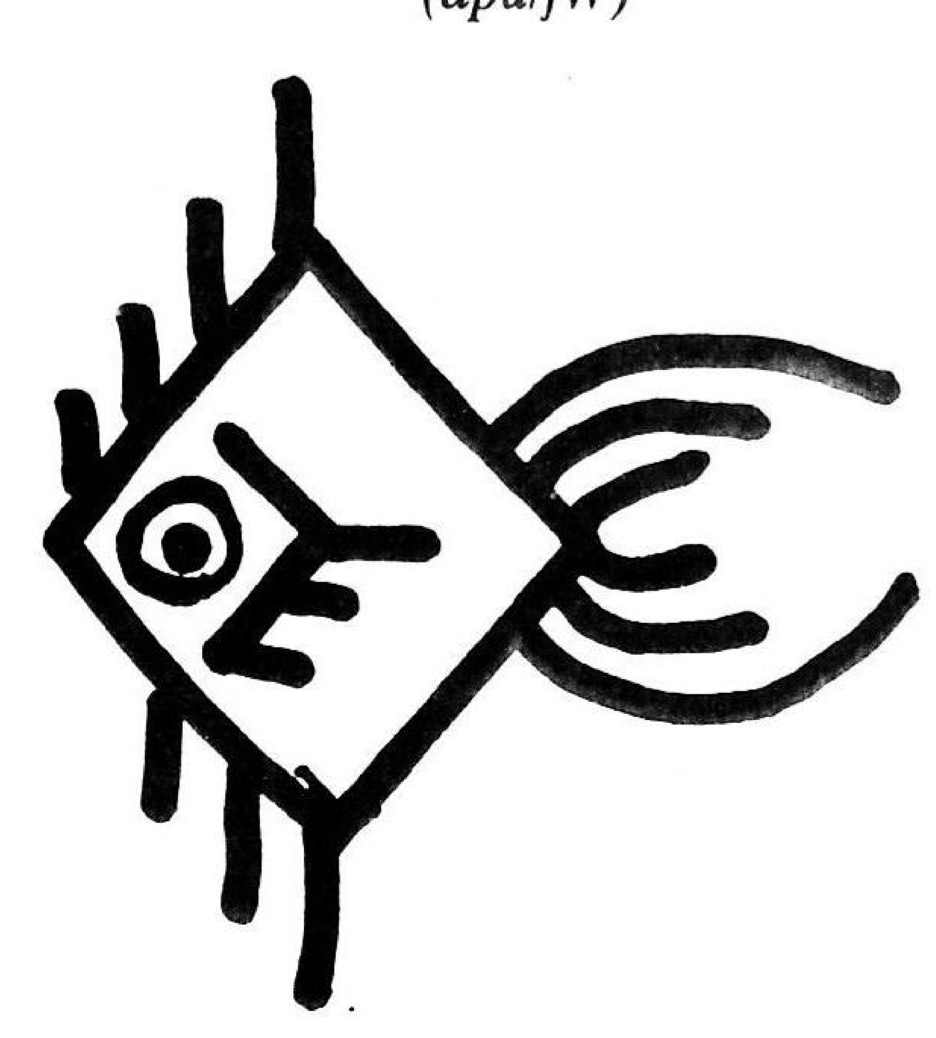
„Chaostag"

50 Autonome auf Sylt

WESTERLAND, 26. März (dpa). Die Polizei hat am Samstag in Westerland auf Sylt 50 Demonstranten aus der Hamburger autonomen Szene vorübergehend festgenommen. Sie hatten zuvor einen Wagen der Deutschen Bahn demoliert und nach Angaben eines Bahnsprechers einen Schaden von 30 000 Mark verursacht.

Die Autonomen hatten dazu aufgerufen, mit dem 15-Mark-Wochenend-Ticket der Bahn nach Sylt zu fahren und dort „Chaos" zu verbreiten. Rund 200 Autonome, die von der Polizei dem Umfeld der Hafenstraße zugeordnet werden, waren dem Aufruf gefolgt. Hintergrund für die Aktion waren Äußerungen von Sylter Bürgern in Zusammenhang mit dem „Billigticket" der Bahn. So war von einer „Überflutung der Insel mit Billigtouristen" die Rede. Am Nachmittag wurden die Randalierer nach Feststellung ihrer Personalien wieder freigelassen.





tsp 24.3.95

Autonome besetzten Klimagipfel-Büro

MITTE (cs). Autonome Gruppen haben am Donnerstag vormittag das Koordinationsbüro der Senatsumweltverwaltung für die Weltklimakonferenz besetzt. Kurz vor 9 Uhr drangen etwa 30 junge Leute in die Räume an der Breiten Straße in Mitte ein und forderten „eine Stornierung aller Veranstaltungen zum Klimagipfel". Um die Mittagszeit zogen sie nach Polizeiangaben friedlich ab.

Sturm auf das Rathaus

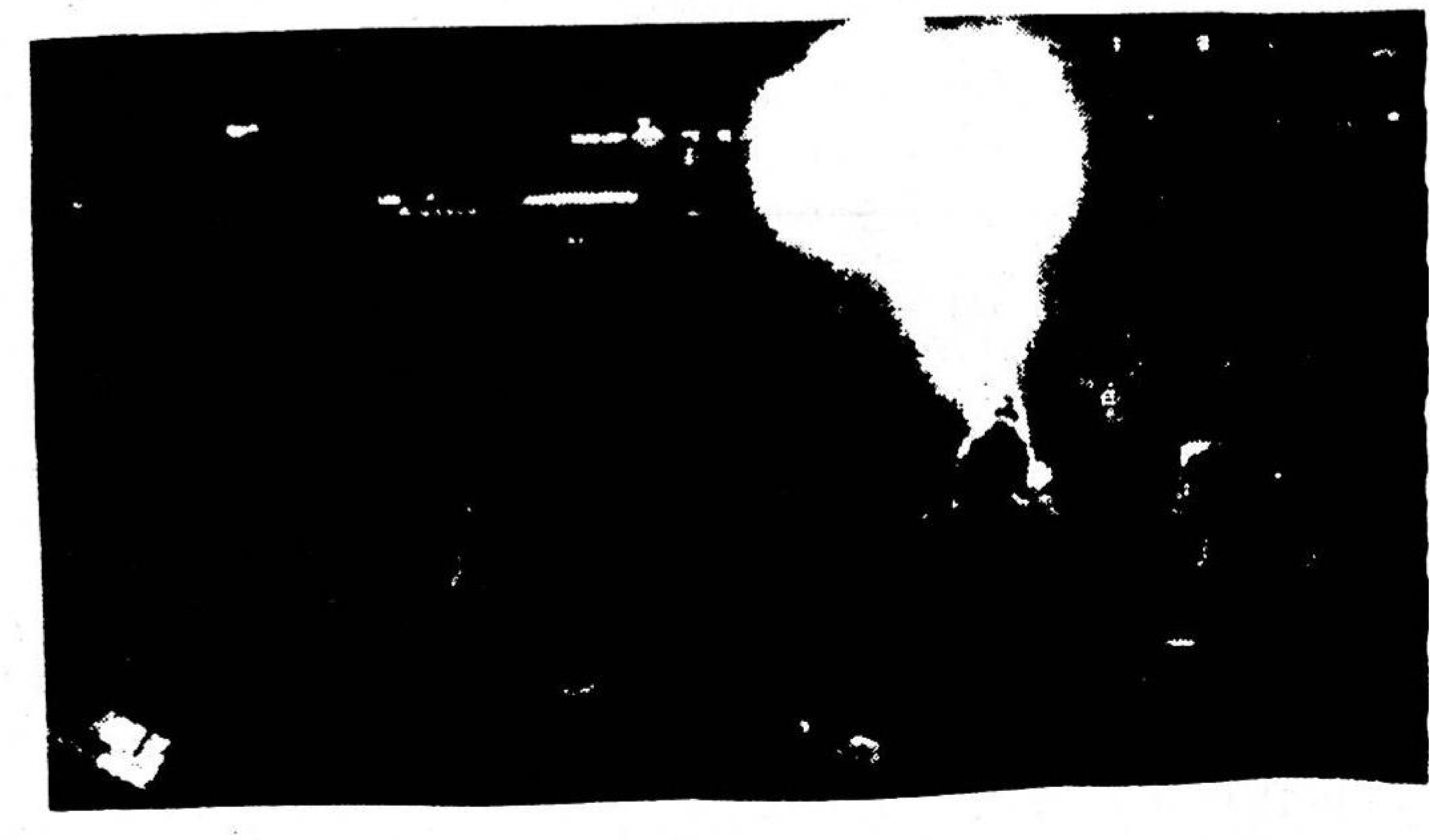
■ Jugendliche protestieren gegen unbezahlbare Wohnungen in Dres

Dresden (AP) – Etwa 150 Ju- ihr
gendliche haben am Donnerstag g
abend das Dresdner Rathaus ge-
stürmt. Um 18.20 Uhr – mitten
der Sitzung des Stadtparlam
erschienen mindestens
Demonstranten vor
Die Jugendlicher
ben von E
150

Dresden boomt und die Neustadt mittendrin. Rausschmiß und Luxussanierung sind an der Tagesordnung. Hier zu wohnen, kann sich von den NeustädterInnen bald niemand mehr leisten, und soziokulturelle- oder Wohnprojekte sind vom Rausschmiß bedroht bzw. haben keine Chance, ihre Ideen zu verwirklichen. Wohl aus dieser Not heraus haben sich ca. 30 Projekte zusammengeschlossen, um dagegen offensiv zu werden. Mittlerweile trifft sich die Gruppe wöchentlich und ließ bereits eine Broschüre mit dem Titel "WIR BLEIBEN HIER" erscheinen, in der sich die Projekte, vom besetzten Haus über Soziokultur bis hin zum RentnerInnentreff "MARTHA", vorstellen, ihre Arbeit, ihre Probleme und Forderungen darlegen. Zusammen bereiteten wir die erste Demo vor, die am Donnerstag, dem 23. März '95 dann auch stattfand. Ca. 300 Leute sind lärmend von der Neustadt in die Innenstadt gezogen. Die Demonstration war nicht angemeldet und allein dem Vorbereitungskreis war klar, wo sie enden wird: im Rathaus. Selbst die Polizei hatte offensichtlich keine Ahnung von Nichts. Am Rathaus angekommen trafen wir auf einige Grünweiße, die vergeblich versuchten, die Eingangstür zu schützen. Kurzer Ruck von hinten, das Glas der verschlossenen Eingangstüren gab nach und wir waren drin. Von da an war der Spontanität keine Grenzen gesetzt. Alle machten was sie wollten: Der Oberbürgermeister unterbrach die Sitzung, einige verteilten die o. g. Broschüre, andere verkündeten den Damen und Herren StadträtInnen worum es eigentlich geht, die meisten feierten Party, trommelten, tanzten, spuckten Feuer.

Die Reaktion der PolitikerInnen: Wie üblich in Dresden rennen sie uns die Türen ein, machen Gesprächsangebote, wollen Krisenbüros einrichten usw. Doch wir haben es satt, ständig vertröstet zu werden. Wir haben es satt, unseren Freiraum geklaut zu kriegen. Wir haben es satt, immer nur zu reden. Deshalb werden wir nicht länger warten, sondern selber handeln -

für bezahlbaren Wohnraum
für die Anerkennung selbstverwalteter Projekte
gegen Luxussanierung und Vertreibung



Wir bleiben hier!

Bunte **R**epublik **N**eustadt in allen Gassen vom 1. 1. bis 31. 12.

Zum BesetzerInnenkongreß

Liebe Leute,

vom 12. bis zum 14.Mai 1995 wird in Leipzig der bundesweite BesetzerInnenkongreß stattfinden (siehe Einladungspapier).
Ein Monat vor dem Kongreß sollte ein Reader an alle TeilnehmerInnen verschickt werden. Sinn des Readers ist es, einen gewissen inhaltlichen Vorlauf zu haben, so daß bei Diskussionen während des Kongresses nicht immer bei Null angefangen werden muß und einige Mißverständnisse bzw. stundenlanges Aneinandervorbeireden gar nicht erst aufkommen kann.
Leider haben wir bislang nur einige Beiträge für den Reader erhalten. Wir haben deshalb beschlossen, auch auf ältere und eventuell schon veröffentlichte Texte zurückzugreifen.

Da die Quellenlange in Leipzig zur Zeit nicht so gut ist, möchten wir euch deshalb bitten, uns bei der Zusammenstellung des Readers zu helfen.

Konkret geht es darum: wurden in von eurem Verlag herausgegebenen Büchern oder Zeitschriften Beiträge veröffentlicht, die wir in unseren Reader mit aufnehmen könnten?

Die Texte sollten einen gewissen theoretischen Anspruch genügen (und trotzdem lesbar sein), soll doch der Kongreß - über einen bloßen Erfahrungsaustausch hinaus - auch tiefergehenden Fragestellungen nachgehen.

Wir denken vorallem an Texte, die sich mit den Themen der Arbeitsgruppen (Verweigerungshaltung und Freiraumkultur, Kiezpolitik und Öffentlichkeitsarbeit, rechtliche Möglichkeiten und Grenzen, BesetzerInnenräte - siehe: Thesen zur Thematik) und Referate (Zur Geschichte der BesetzerInnenbewegung - Kritik und Analyse, Situation und Perspektiven der BesetzerInnenbewegung) auseinandersetzen. Andere Beiträge, gerade auch über Erfahrungen in anderen Ländern, sind jedoch ebenfalls erwünscht.

Der Redaktionsschluß für den Reader wurde verlegt auf den 10. April 1995. Verschickt wird er dann rund 10 Tage später. Ihr erhaltet dann natürlich ein Freiexemplar.

Falls ihr uns etwas zusendet, schreibt bitte dazu, wie die Abdruckbedingungen sind, und schickt eine Rechnung für die entstandenen Kosten.

Wir haben uns übrigens noch nicht auf die Personen geeinigt, die die Referate halten sollen. Falls ihr da eine Idee habt (z.B. einE AutorIn einer der Bücher/Texte) - schreibt' s uns bitte.

Danke und liebe Grüße....

Vorbereitunggruppe BesetzerInnenkongreß
c/o Conne Island, Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
tel & fax: 0341-311044

Seit 1989 gab es in Leipzig eine Menge Hausbesetzungen, von denen immer noch einige existieren. Gegen die seit 1992 angewendete »Leipziger Linie«, die besagt, daß keine neuen Hausbesetzungen geduldet werden, konnte sich bisher noch kein neues Projekt durchsetzen. Um die Geschichte der BesetzerInnenbewegung zu reflektieren und Perspektiven zu diskutieren, lädt eine Vorbereitungsgruppe nach Leipzig zum BesetzerInnenkongreß vom 12. bis 14. Mai ein.

... was waren die Motivationen für Hausbesetzungen früher und was sind sie heute ...
... steckt die HausbesetzerInnenbewegung in der Krise, warum, wie können wir das überwinden ...
... was ist dran am Mythos Hafenstrasse oder Kreuzberg, ist so ein (Medien-) Mythos günstig oder eher zu vermeiden ...
... wie sieht es bei Euch in den anderen Städten aus, welche Erfahrungen wurden gemacht ...
Darüber, und über vieles mehr, wollen wir mit Euch diskutieren auf dem

BesetzerInnenkongreß
vom 12. bis zum 14. Mai 1995
in Leipzig

Schwerpunktmäßig soll es um folgendes gehen (Referate, Filme und vor allem Arbeitsgruppen):
- Geschichte der BesetzerInnenbewegung - Kritik und Analyse
- aktuelle Situation und Perspektiven
- Verweigerungshaltung unf Freiraumkultur
- Kiezpolitik und Öffentlichkeitsarbeit
- Rechtliche Möglichkeiten und deren Grenzen
- BesetzerInnenräte

nähere Infos, Anmeldungen, schriftliche Beiträge für den.
besetzerInnenkongreß
c/o conne island
koburger str. 3, 04277 leipzig
tel./fax: 0341-311 044

und zum Abschluß am 14. Mai
DEMO
gegen die Räumungen
in Leipzig und anderswo,
für Neubesetzungen!
SOLIDARISIEREN
RÄUMUNGEN VERHINDERN

und zum Abschluß
DEMO
gegen die Räumu...
in Leipzig und
für Neubeset...
SOLIDARISIEREN
RÄUMUNGEN
VERHINDERN



Freiräume erobern

Träume von einer anderen Art von Zusammenleben

Seit mehreren Wochen wird in Jenas Innenstadt - bis dato unbehelligt - jeden Sonntag auf offenem Feuer gekocht, getrommelt, geredet und gesponnen. Angefangen hat das ganze konkret an einem Abend in einem Cafè in Jena, als sich bis dahin relativ fremde Menschen bei einem Wein trafen und anfingen, über ihre Träume zu reden. Irgendwann merkten sie dann, daß diese Träume sich doch ziemlich ähnlich sind und sie eigentlich nur anfangen brauchen, etwas gemeinsam zu machen und nicht abends wieder jedeR allein - ohne was Neues im Kopf - nach Hause trotten muß. Und sie merkten auch, daß, um anders leben zu können, sie nicht aus dieser Betonwüste flüchten müssen, sondern nur den Mut und die Kraft brauchen, HIER ihre Träume anfangen zu leben und sich den Raum dafür zu nehmen.

Also verabredete mensch sich zum nächsten Sonntag an einem der widerlichsten Plätze in Jenas Innenstadt (in der Hoffnung, dort besonders [positiv?] aufzufallen) auf der Verkehrsinsel vor dem ehemaligen Zeissgebäude. Dank der freundlichen Unterstützung durch Uni und Bauarbeiter hatten wir schnell Brennholz und eine Wanne für das Feuer aufgetrieben. Nachdem das Gemüse schon vorbereitet war und wir gerade versuchten, das Feuer anzukriegen, schaute dann die Polizei in der Hoffnung auf ein warmes Mittagessen vorbei. Aber es war noch zu früh. Warten wollten sie nicht und nachdem sie uns mit einem Platzverweis (von wegen verkehrstechnische Einrichtung bla...) überzeugt hatten, daß es neben dem Anatomie-Turm doch windstiller ist, kamen sie dann nicht nochmal vorbei. Es war aber sehr lustig zu sehen, daß sie mit uns überhaupt nichts anfangen konnten. Wir haben dann noch fast 6 Stunden da herumgesessen, gekocht und getrommelt, hatten viele Gespräche mit SpaziergängerInnen und nach 'ner Weile die ganze Umgebung völlig vergessen, weil es uns einfach gut ging. Ich denke, damit haben wir einfach ein bißchen etwas in die Stadt hereingebracht, von dem wir glauben, es nur draußen leben zu können. Wir hauen nicht mehr nur ab, sondern zeigen allen, daß es auch anders geht. An den beiden nächsten Sonntagen trafen sich dann viele verschiedene Leute, die vielleicht dabei seit langem mal wieder miteinander ins Gespräch kamen und was zusammen machten. Einigen, die zufällig vorbeikamen, war es auch nicht zu blöd, sich dazuzusetzen und mitzuessen. Ich hoffe mal, daß es noch 'ne Weile weitergeht, mit ähnlichen Sachen, und wir immer lauter, bunter, frecher werden und uns dabei kennen und lieben lernen!

Also, immer den Trommeln nach!

schniX

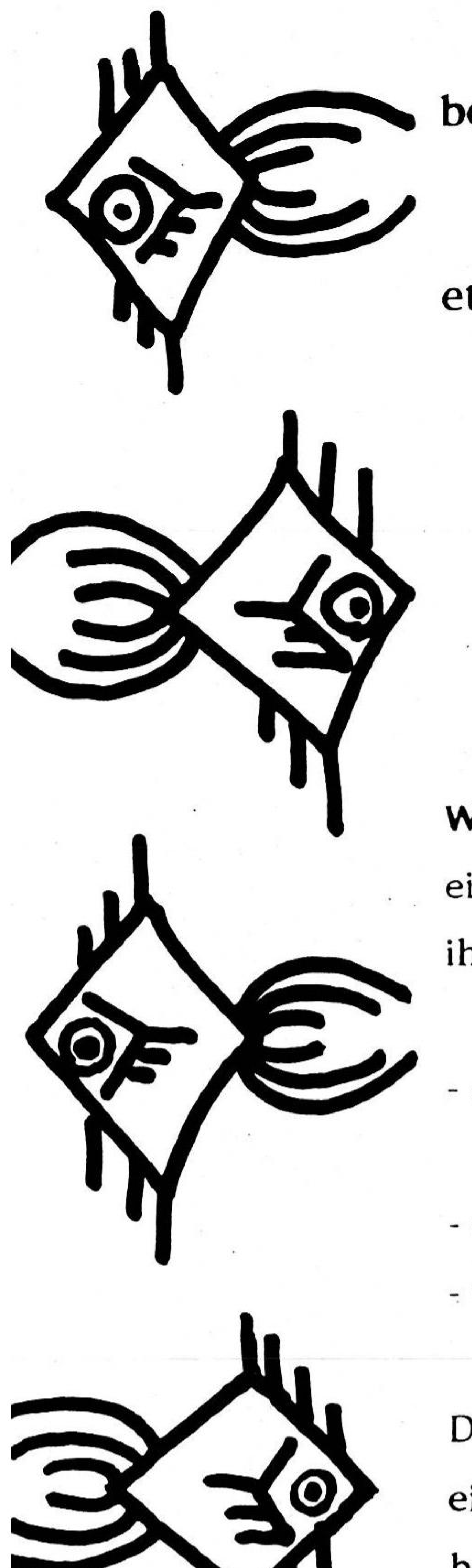
Wriezen,05.03.95

HALLO IHR ALLE!!!

Hier mal ein Brief aus der Provinz,dem flachen Oderland.Ich schreibe,weil ich einige Sachen,die mich bewegen,an alle LeserInnen der INTERIM weitergeben möchte.Als erstes die Frage,was eigentlich die gesamte Scene noch mit dem Begriff Revolution verbindet.Ich habe oft den Eindruck,daß es nur noch ein Mythos ist,der irgentwo vor uns schwebt,dessen Name gern benutzt wird,aber kaum noch jemand dar an glaubt.Die Scene schlägt sich so sehr mit innerlichen Streitigkeiten herum,daß viele wichtige Dinge dem Auge entschwinden.Mensch verstehe mich jetzt nicht falsch!Ich weiß wie wichtig inhaltliche Fragen,wie z.B. das Patriarchat oder andere Unterdrückungsformen, sind,mit denen sich mensch auseiandersetzen muß,um am Ende zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft zu gelangen,aber warum wird die ganze Sache nicht auch nach außen,über den Scenerand hinaus,an die Stätten der täglichen Unterdrückung getragen!?Eine Diskussion über eine Revolution von unten,für die Freiheit jedes/jeder Einzelnen, kann und darf,meiner Meinung nach,nicht nur auf intellektueller und innerscenelicher Basis ablaufen,sondern unsere Ideale müssen auch auf die Straße,an die ArbeiterInnen herangetragen werden.Ich weiß, daß es gerade hier in diesem Scheißland ziemlich schwierig ist,mit den Leuten über solche Dinge zu reden oder gar dafür zu begeistern (zufriedene Sklaven und so),aber warum vor solchen Hürden scheuen? Eine von allen isolierte Scene kann nichts weltbewegendes vollbringen!Dieser Brief soll nicht als Kritik an allem und jedem mißverstahden werden.Er soll eher ein Anstoß zum allgemeinen Nachdenken sein! Häuser besetzen,DEMO`s,Fascho`s angreifen und andere Sachen sind wertvolle und wichtige Ansätze,aber dabei sollte mensch nicht stehen bleiben.Nur der Kampf der Massen kann den Sieg über die Herrschenden bringen!!!Es ist an der Zeit eine rev. Situation unter den ArbeiterInnen zuschaffen!!!So nun hab ich mich ein wenig ausgelassen.Ich hoffe,daß dieser Brief ein wenig Beachtung findet.Vielleicht finden einige meine Ansichten zu hochtrabent,träumerisch oder einfach nur Scheiße,aber was soll`s.Ich freu mich auch über Kritik,und vielleicht gibt`s ja auch `n paar,die das ganz o.k. finden,was ich da so von,mir gebe.Na wie auch immer!

bis denne

euer MÜTE



besetzt besetzt besetzt besetzt besetzt besetzt besetzt besetzt besetzt besetzt

Berliner Senatsstelle zum UN-Klimagipfel und Berlin Marketing GmbH

etzt besetzt besetzt besetzt besetzt besetzt besetzt besetzt besetzt besetzt be

"Nicht das, was uns droht, sondern daß es einfach so weitergeht - das ist die eigentliche Katastrophe."

Wir fordern die sofortige Stornierung des Gipfeltreffens in Berlin, eine überflüssige Veranstaltung überflüssiger Manager, Bonzen und Staatschefs. Sie brauchen ihren Gipfel, um

- die bestehenden Weltwirtschaftsstrukturen bei knapper werdenden Ressourcen aufrechtzuerhalten;
- den Industriestaaten weiterhin den Zugriff auf diese Ressourcen zu garantieren;
- wenigstens so zu tun, als täten sie was. (Reine Befriedungsstrategie also.)

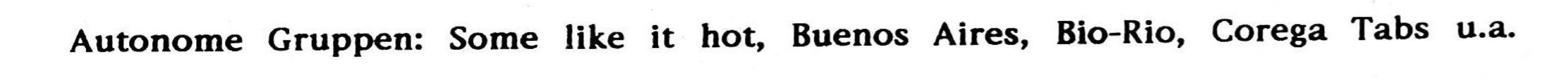
Das haben sie clever angefangen: Diesmal haben sie die Opposition gleich von Anfang an mit eingebunden und bezahlt. Die sog. NichtRegierungsOrganisationen werden von der Regierung bezahlt. Da lacht der Bär!

Man hat sich ja redlich bemüht, diesen Gipfel in die "Reichshauptstadt" zu holen, um deren angeschlagenes Image aufzupolieren. Dabei darf jetzt die Berlin Marketing GmbH in direkter Nachfolge weitervergeigen, was die Olympia-GmbH schon nicht gekonnt hat. Als hätten sie "für Olympia" nicht schon genug Kohle durch den Schornstein gejagt, machen sie jetzt auf Umweltschutz, daß es einem richtig warm wird ums Herz. Projekte wie Tiergartentunnel, Transrapid, Großflughafen, Innenstadtring etc. strafen aber das Gerede vom ökologischen Stadtumbau Lügen. Gesülze eben und Grütze alles!

Wir freuen uns ausdrücklich **nicht** auf den hohen Besuch aus aller HERREN Länder, nicht auf die dicken Schlitten und nicht auf den polizeilichen Belagerungszustand, der uns mit dem Gipfel bevorsteht.

SAVE THE CLIMATE : SMASH THE SYSTEM

Demonstration gegen den UN-Klimagipfel am 1. 4. 1995,
13.00 Wittenbergplatz



Autonome Gruppen: Some like it hot, Buenos Aires, Bio-Rio, Corega Tabs u.a.

VON KONGRESSEN, KULTURRÄUMEN UND VORBEREITUNGEN

Auf in den Regen,

denn wir wissen was wir wollen, wissen was sie wollen - und sie wissen es auch, denn sie wissen was wir wollen... Völlig durchnässt stehen wir nun da, aber haben das Tanzen deshalb noch nicht vergessen.

Die Dürkop hat uns die Humboldt Uni (HU) abgesagt, so ganz einfach: Die ach so wichtige Universität hat gerade wichtigeres auf dem Plan. Aber eigentlich kuscht sie nur vor den Mächtigeren und ...



Na und ? Die solln uns mal kennenlernen, wir können auch anders: Raus auf die Straße und dann ! - ? ...ja und dann gehts los ... los ?

Irgendwie, merken wir, ist gerade nicht so die Stimmung bei uns. Wir wollten doch einen Kongress machen, einen lebendigen ...mal wieder Zusammenkommen ...überhaupt mal Treffen und Kennenlernen ...sagen, was wir zu sagen haben, über Autonomie, Unterschiede und Gemeinsamkeiten, über Alltag und Revolution. Und das heißt, zu sagen, was ich dir schon lange oder gerade jetzt mal sagen muß, ...erzählen, zeigen, vorführen wollte.

Die Idee des Kongresses ist für uns der Gedanke sich zu bewegen, in Bewegung bleiben - in Bewegung kommen. Dabei sollten eher die Socken qualmen, als die Köpfe, aber auch die nötigen Pausen nicht vergessen werden. Keine Macht dem Marathon !
Auf ins 21. Jahrhundert, mit allem, was wir wollen, was dazu nötig ist und was da auf uns zukommt ! Für diese Idee haben wir eingeladen und aufgerufen. Alle sollten kommen können, die kommen wollten. Jetzt, drei Wochen vor Ostern, fehlen uns die dafür nötigen Räume.

So wie sich die gesamte Vorbereitung in den letzten Wochen entwickelt hat, ist der Kongress auch von uns zu sehr ins blaue hinein geplant worden. Wie selbstverständlich haben wir es angesehen, daß die Räume für uns bereitstehen, wir müßten sie quasi nur noch füllen.

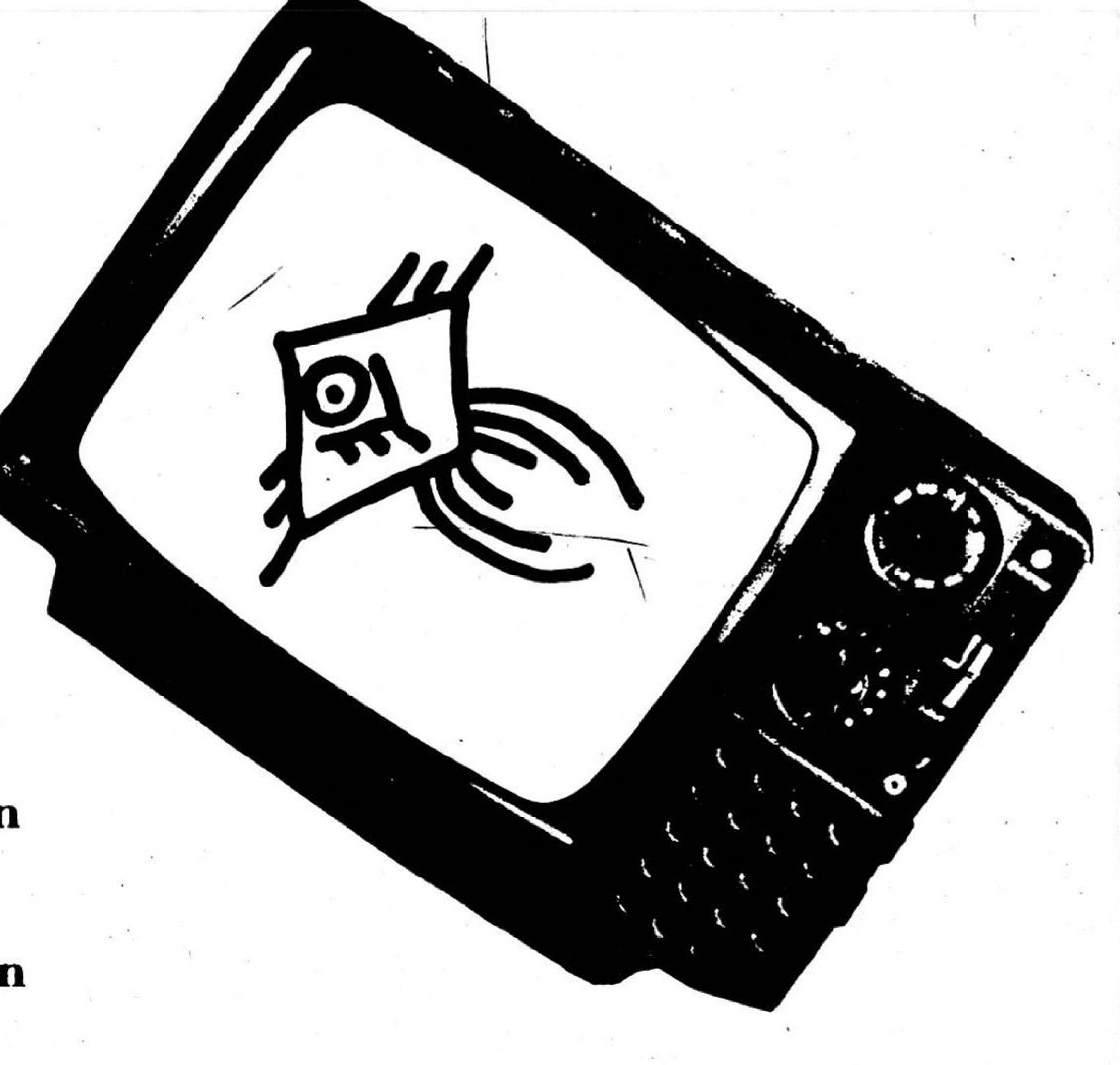
Wir haben in der letzten Zeit versucht, verschiedene künstlerische und kreative Initiativen zusammenzubringen oder zum Teil anzuschieben und dabei auch inhaltlich ein paar kulturelle Widersprüche in die Diskussion unserer Strukturen zu werfen. Die Resonanz darauf und die Basis unserer Aktivitäten war einerseits erfreulich, weil wir innerhalb der Kultur-AG und teilweise mit den angesprochenen Gruppen in produktive inhaltliche Auseinandesetzungen getreten sind und sich daraus hoffentlich weitergehende Ansätze entwickeln werden. Andererseits war, wie auch beim Rest des Kongressprojekts, diese Resonanz relativ schmal geblieben. Diesen Umstand sehen wir zum Teil explizit im Zusammenhang der Entwicklung autonomer Kampfgeschichte (unserer natürlich mit eingenommen), das heißt mit einer in bestimmter Hinsicht getrennten Praxis von Politik und Kultur. Diese Trennung ist nicht etwa als reale Trennung zu verstehen, sondern als Politik bei kultureller Verkümmerung (und das ist auch eine Kultur, siehe so manch eine Vorbereitungsrunde zum Kongress) und Kultur bei politischer Verkümmerung (und das ist auch eine Politik). Bei aller Kritik an der vorherrschenden autonomen Kampfkultur haben wir allerdings aktuell das Kämpfen etwas aus den Augen verloren. Gleichzeitig sind wir eben wenige, scheinen es auch im Hinblick auf den Kongress selbst zu sein.

Die Organisationsstruktur, die sich in den letzten Monaten entwickelt hat und die auch wir als *K*unSt*K*ultur*F*un&*A*ktion aG verlängert haben, nämlich als 'Anbieter' von Räumen für die Auseinandersetzung (im Gegensatz zu einer von sehr vielen in gleicher Weise getragenen Vorbereitung) fällt uns jetzt auf die Füße. Ohne Bewegung keine Räume - ohne Räume keine Bewegung, ist wohl die einfache wie bittere Erkenntnis auch für das Kongressprojekt.

Doch aufgrund der Absage für die HU nun eine 'kleine' Lösung möglicherweise im Mehringhof zu realisieren, die dann eher in Richtung eines Arbeitsgruppentreffens gehen wird, geht für uns an der Idee und an unseren Vorstellungen des Kongresses vorbei. Deshalb wird sich die Kultur-AG an einer solchen Lösung in organisatorischer Form nicht beteiligen.

Wir wollten einen *öffentlichen* Raum, nicht nur wegen der Größe, sondern auch um der 'Öffnung' willen. Wir wollten über den Rand einer eng begrenzten und sich permanent abgrenzenden Szene hinaus mit Menschen in Dialog und Kontakt (nicht nur verbal!) treten, die sich trotz eines linksradikalen Bewußtseins nicht als 'Autonome' begreifen, um herauszufinden, was uns trennt und wo wir gemeinsam etwas Neues entwickeln können. Ein 'kleiner Kongress' ? als Notlösung im Mehringhof ist einfach, ein Heimspiel, und gerade deshalb wird dort auch zu wenig bis nichts Neues passieren.

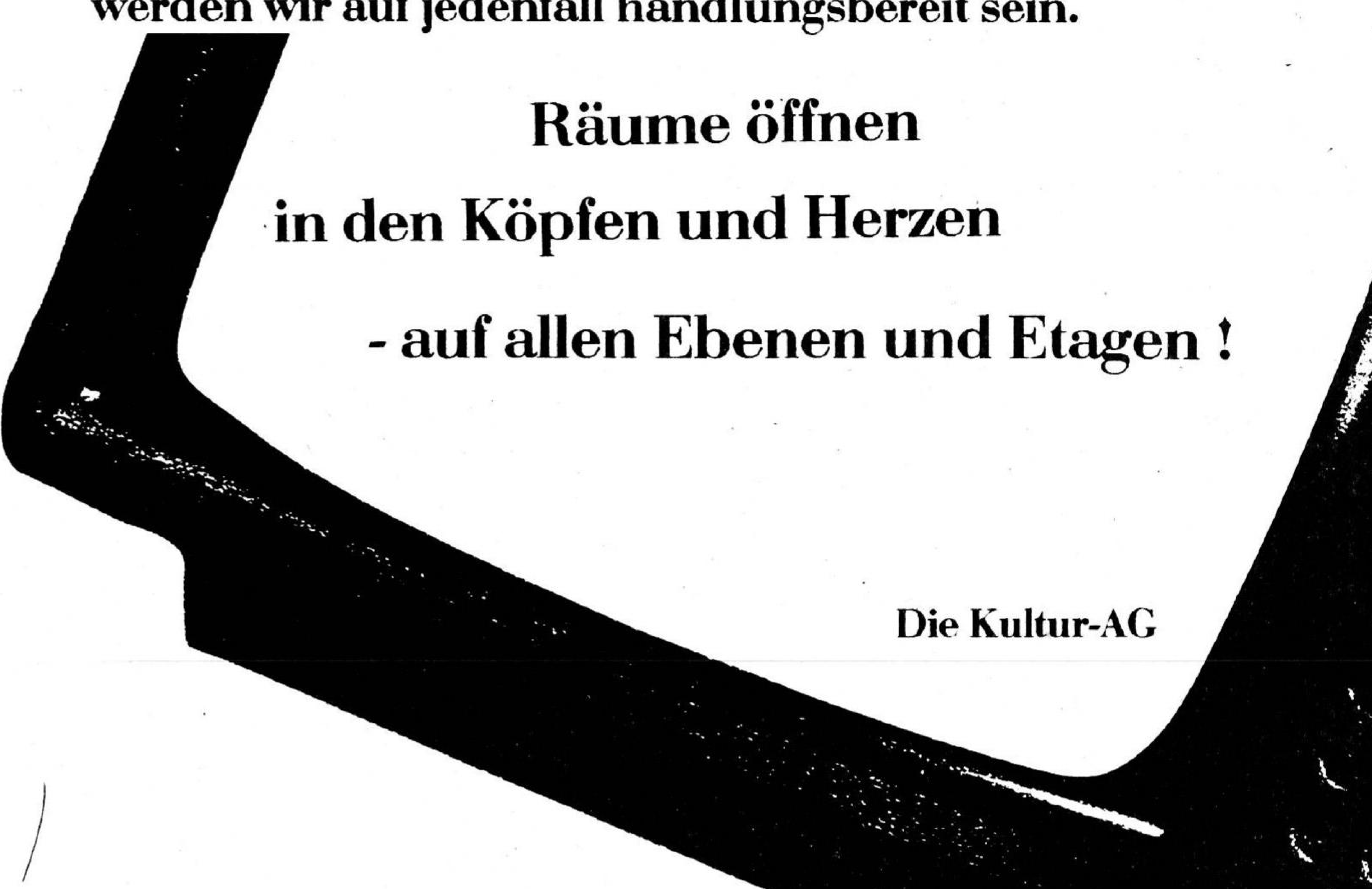
Die Enge und die zu geringe Anzahl von Räumen im Mehringhof wird dazu führen, daß wir um Räume streiten müssen - welche Veranstaltung/AG ist 'wichtiger' und darf daher stattfinden. Die 'Wichtigkeit' ist dann aber Ergebnis eines Machtkampfes (wer, kann sich besser durchsetzten, wird in der Szene-Hierarchie mehr gehört), nicht einer konstruktiven, politischen Auseinandersetzung. Wir denken, daß dies mit Sicherheit auf Kosten der 'Kultur' gehen wird.



Auf einem Kongress spielen sich viele wesentliche Prozesse genau in den Zwische Räumen ab: Beim Essen und Kaffeeetrinken, der sponanen Diskussion, die sich z.B. in einer Ausstellung oder an einem Büchertisch entwickelt, bei gemeinsamen Aktivitäten (Sport, 'Kulturkonsum', Vorbereiten einer gemeinsamen Aktion usw.), beim Feiern. Genau in der Herabsetzung und Ignoranz dieser Bereiche zugunsten einer rein kopfbestimmten politischen Theoriediskussion liegt aber unserer Ansicht nach auch ein Grund für die 'Krise' unseres autonomen Politikansatzes.

Die Ignoranz gegenüber 'Kultur' als politischer Kategorie spiegelt sich auch wider im Verhältnis der gesamtberliner Vorbereitungsgruppe zur Kultur-AG: Unsere Positionen (nachzulesen u.a. in der Interim Nr. 305 und im Reader Teil II) sind wohl von den wenigsten richtig wahrgenommen worden. Nach wie vor sind wir für viele die VorbereiterInnen eines 'Beiprogrammes', das zur Erholung von den Theorieveranstaltungen konsumiert werden kann. Die Vorbereitung für eine Aktion am letzen Tag wurde immer wieder auf die Kultur-AG abgewälzt, obwohl die politische Bestimmung einer solchen Aktion doch eigentlich Thema der gesamten Vorbereitungsgruppe sein sollte (Wir haben auch nie gesagt, daß wir allein dafür verantwortlich sein wollen).

Falls wir die Uniräume nicht doch noch legal bekommen, kann es im Moment für einen Kongress nur noch ein sehr flexibles Konzept geben, örtlich genauso wie im gesamten Ablauf und Handeln. Wenn 'wir' in der jetzigen Situation noch den den Kongress machen wollen und das heißt DURCHSETZEN, dann bedeutet das gerade die Herausforderung, Kampf, Theorie und Praxis, Begegnung, Feiern u.v.m. ohne Hierarchisierung zwischen 'Politik' und 'Kultur' oder 'Reden' und 'Handeln' zusammenzubringen. Diese widerspenstige Mischung und wenn wir viele sind wird durch einen Dörrkop nicht aufzuhalten sein. In diesem Sinne werden wir auf jedenfall handlungsbereit sein.



Räume öffnen

in den Köpfen und Herzen

- auf allen Ebenen und Etagen !

Die Kultur-AG

Räume aufmachen

für den Autonomie-Kongress !

VollVersammlung

zur aktuellen Situation und Raumfrage zu Ostern.

Die Reichshauptstadt Berlin wirft ihre Schatten. Auf Druck von Heckelmann und Konsorten hat uns die Humboldt-Uni kurzfristig die Räume weggezogen. Trotzdem halten die Berliner Kongress-Ini und das bundesweite Vorbereitungsplenum an einer Mobilisierung für den Autonomie-Kongress fest. Das Anliegen ist weiterhin, für alle, die das wollen, ein offenes und breites Zusammenkommen für Auseinandersetzungen zu ermöglichen. Im Moment steht der Kongress in seiner politischen und kulturellen Ausrichtung auf dem Spiel. Die Kongress-Ini arbeitet daran, ein Mindestmaß an Infrastruktur zu organisieren. Aber es ist jetzt schon klar, daß das nicht ausreicht. Es ist an der Zeit, daß mehr Gruppen und Leute als bisher eine praktische Verantwortung übernehmen. Es geht jetzt darum, gemeinsam zu überlegen, wie wir in der Stadt Räume öffnen und den Ablauf des Kongresses sichern können. Wir rufen alle auf, die ein Interesse am Kongress haben, zur VV zu kommen:

am Donnerstag, den 30.3.95, um 20 Uhr

im Mehringhof/Versammlungsraum.

Autonomie-Kongreßvorbereitung, 47. Folge

Nachdem wir in der letzten Woche unsere nicht berauschend guten Karten auf den öffentlichen INTERIM-Szenetisch gelegt haben, scheint sich die Situation zwischenzeitlich ein klein wenig verbessert zu haben

- Zunächst einmal haben sich bei uns zwei Gruppen gemeldet die definitiv eine Kinderbetreuung während der Ostertage in Berlin zugesagt haben. Wir von der Kongreß-Ini sind zuversichtlich, allen möglichen Wirrungen in dieser Zeit zum Trotz, dafür ein paar "sichere Räume" klar machen zu können.
- Das von uns zwecks Futter angesprochene Mampfmobil aus Holland hat trotz der ungesicherten Situation, ihr nach wie vor großes Interesse an einer solidarischen und engagierten Teilnahme am Kongreß bekundet. Die Genossinnen wollen auf jeden Fall nach Berlin kommen, und dort dann zu gucken, was technisch für sie möglich ist, bzw. was für sie von allen anderen KongreßteilnehmerInnen möglich gemacht werden kann.

Auch nach dem Abschluß des Readers, Teil II haben wir noch ein paar schriftlich formulierte Vorschläge für thematische Arbeitsgruppen auf dem Kongreß erhalten. Bisher liegen in diesem Zusammenhang vor:

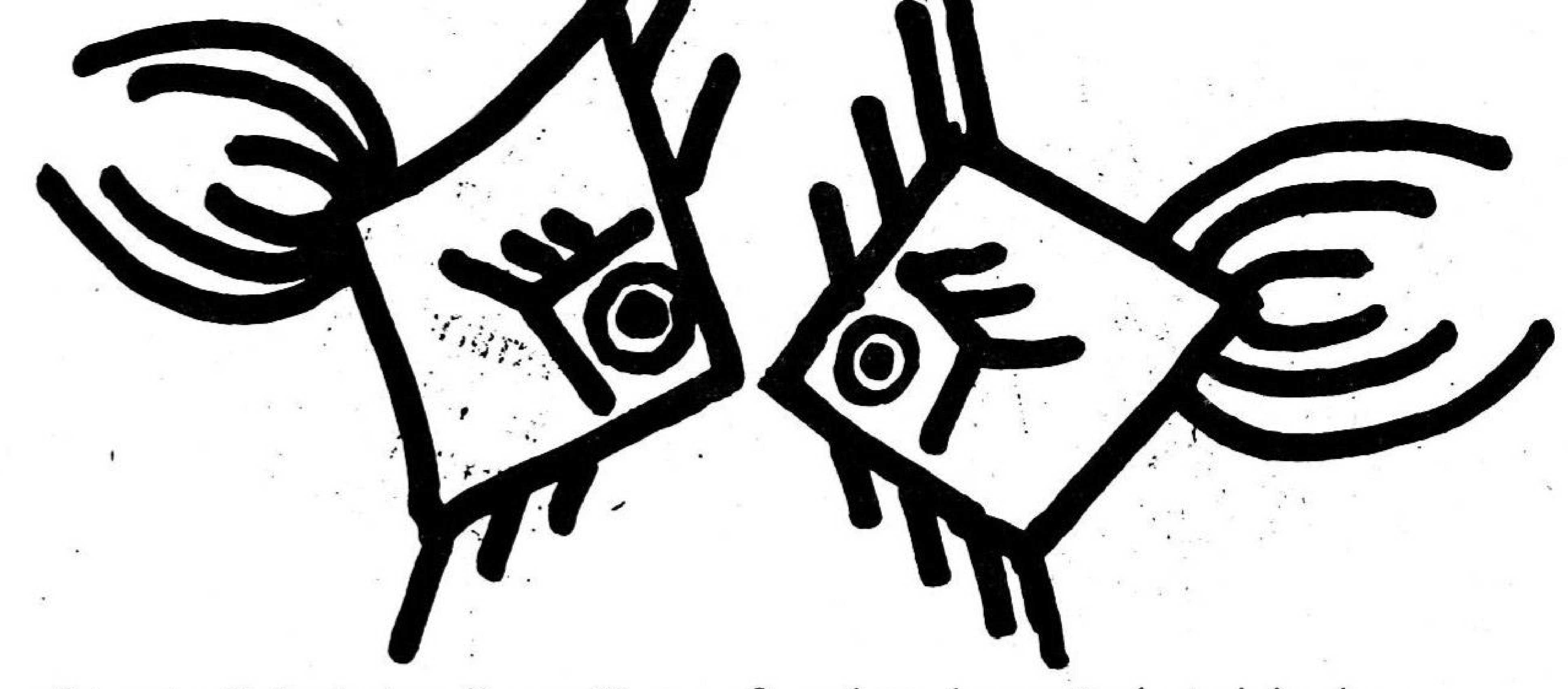
* Althusser und revolutionäre Neubestimmung" von der "Broschürengruppe", Manteufelstraße
* Ein längeres Papier zu "Vergewaltigung" von der Münchener Gruppe "Seppls" und der Nürnberger Männergruppe
* Ein Genosse aus München schlägt eine Diskussionsforum: "Evolution + Autonomie = neues Denken, Reden + handeln?" vor
* Genossen aus Osnabrück möchten die Gelegenheit nutzen ihr "Projekt Utopie" auf dem Kongreß vorzustellen
* Eine "Mexicogruppe" möchte am Sonntag eine Veranstaltung zu der aktuellen Situation dort machen
* Darüber hinaus haben wir noch ein paar mündliche Anfragen von Leuten oder Gruppen bekommen, die noch daran überlegen, während des Kongresses eine Veranstaltung oder AG zu machen.

Wir können derzeit noch nicht sagen, ob die Anzahl dieser, und möglicherweise noch nachfolgender, Texte den Druck eines weiteren Readers rechtfertigen. Technisch wie auch politisch wollen wir aber von vornherein fast so gut wie überhaupt nichts ausschließen. So sich Leute bis zum Mittwoch, den 5. April noch "einen Ruck" geben wollen, sind sie aufgefordert, uns ihre maximal zwei DinA-4-Seiten langen AG-Texte zukommen zu lassen. Wir werden dann nach Lage der Dinge und unserer Möglichkeiten entscheiden, wie wir diese neuen AG`s öffentlich machen.

Bis denne

Kongreß-Ini, Berlin, den 28.3.95

P.S.: Ach bevor wir die Kleinigkeit vergessen: Uns fehlen über Ostern noch angemessene Räumlichkeiten in der schönen Reichshauptstadt ! Die Vollversammlung wird heute am Donnerstagabend versuchen, darauf eine Antwort zu geben.



AUTONOMIE-KONGRESS 95

... gegen absaufende Fische

Es gibt keinen Anlaß zur Resignation : es gibt gute Gründe fur diesen Kongreß und an denen ändert sich nix durch Repression der Herrschenden und auch nicht durch fehlende Beteiligung an der Vorbereitung. Wenn (zurecht) immer wieder fehlende Auseinandersetzungen untereinander und große Unklarheiten über alle möglichen Fragen beklagt werden, dann ist ein Kongreß bitter nötig. Worin bestehen diese gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen wir leben, mit denen wir konfrontiert sind, von denen wir uns befreien wollen ? Wie hängen die herrschenden Widersprüche zusammen, worin bestehen sie und wie kann das Gewusel von ihnen und den verschiedenen Fäden aufgedröselt werden? Wie weit sind wir darin verstrickt, was sind unsere eigenen Interessen dagegen und wieweit können wir klare Trennungslinien bestimmen und wahrmachen? Nur einige der Fragen, die immer aufgeworfen, nur angerissen und dann in irgendwelche Aktenordner gesteckt werden. So werden sie und v. a. die Antworten immer weiter aufgeschoben, um bei jeder Aktion und bei allen gesellschaftlichen Ereignissen und Rissen festzustellen, daß es wieder viel zu spät ist. Der Kongreß ist die Chance, endlich anzufangen mit den Auseinandersetzungen, die einigen unter den Nägeln brennen. Es ist der reale Moment, zuzuhören und selber Anregungen zu entwickeln. Der Moment, wo die ersten Versuche aus den Zirkeln heraustreten und in der Diskussion an Andere vermittelt werden. Also die überregionale Debatte, die immer wieder gefordert wird und mehr nützen als schaden kann.

Daß die 80er schon lange vorbei sind, daß von der „autonomen Bewegung" nicht mehr zu reden ist und daß das große „Wir" - außer der abstrakten Gemeinsamkeit „irgendwie gegens System" - immer unklarer wird, all das ist (zurecht) oft zu hören. Nur was stattdessen sein sollte, das erzeugt ein großes Schweigen. Was heißt Autonomie (im Prinzip und in heutigen Zeiten)? Wo gibt es Abgrenzungen und Gemeinsamkeiten? Was setzen wir den Herrschenden entgegen, die die Bewegung für immer begraben wollen? Fragen, die nicht nur eine Sache von abstrakten Stategien sind, sondern von der realen Auseinandersetzung all derjenigen, die noch an revolutionären und undogmatischen Kriterien festhalten und diese neu zu bestimmen suchen. Damit müssen wir einmal anfangen, statt beim Appell stehenzubleiben. Von daher ist es auch unsinnig, dieses „Wir" vor dem Kongreß garantieren und auf ihm konstruieren zu wollen , auch und gerade wenn die Gefahr droht, daß es nicht erkennbar wird. Gemeint istdie Einforderung einer inhaltlichen Position des vorbereitenden Plenums, einer Garantie von Massenplenen auf dem Kongreß oder der Anspruch „fetter professioneller Kongreß oder gar nix" . Wünschenswert sind klare Strukturen und konkrete Fragen immer. Aber wo diese bisher schon immer weniger zu sehen waren, da läßt sich nichts künstlich und überstürzt herstellen und da ist es denn v. a. eine Sache der interessierten Versammelten., was sie aus dem bisherigen Stand machen. Dann wird das Ergebnis die Realitäten widerspiegeln, an denen wir nix vorbeiphanthasieren können und dann wird es mehr aussagen als Schweigen und Vereinzelung. Wir sind von daher gespannt, ohne mit großen Antworten und Programmen zu rechnen, aber mit Anregungen, Spaß und interessanten Begegnungen. Und der gemeinsamen Hoffnung, den ersten Schritt zur Lösung der verworrenen Lage zu machen.

Dazu ist es gut, daß alle, die für den Kongreß Ideen und Positionen erarbeiten, sich dabei auch deutlich auf die Grundsatzfragen des Kongresses beziehen: Was ist revolutonäre Politik heute, was sind ihre Kriterien, worin besteht ihre Vermittlung zum Alltag, was heißt Autonomie konkret? Wir halten es für sinnvoll, sich diesen Fragen über konkrete Themen zu nähern, um nicht in abstraktes und nichtssagendes Gelaber zu verfallen. Um die Vermittlung von revolutionärem Selbstverstänsnis und Politik und Alltag ansetzen und greifbar machen zu können.

AG „ Imperialismus - Internationalismus - Antinationalismus"

Aus dem Grund bereiten wir diese AG vor; wir haben an den Titel „Imperialismus - Antiimperialismus" anfangs gedacht, genausogut ist aber der Titel „Internationalismus - Antinationalismus" möglich. Wir meinen, daß es sich bei dem Begriff „Imperialismus" um eine umfassende Bezeichnung der herrschenden Verhältnisse handelt. Der bürgerliche Staat organisiert die herrschenden Gegensätze und sichert sie ab. Dabei ist er nicht bloß „Handlanger" der Gewinner (also etwa der Kapitalisten und der lohnarbeitenden Männer- was für sich schon gar nicht geht), sondern eine eigenständige Gewalt, die die Mitglieder ihrer Gesellschaft auf ihre Funktionen verpflichtet. Worin seine Prinzipien und Interessen bestehen, läßt sich vollständig v.a. hinsichtlich des Verhältnisses des Staates zu den konkurrierenden Nationen aufklären. Also wollen wir kurz umreißen, worin das Programm der imperialistischen Gewalt besteht und was das für die Normalität von internationalen Herrschaftsverhältnissen bedeutet. Wir werden uns darüber auseinandersetzen, was den Imperialismus ausmacht jenseits der großen Kriege und Schlächtereien (die dabei auch vorkommen, aber nicht den alltäglichen Gang in all seinen Momenten wiedergeben). Und wir wollen klären, was das mit der staatlichen Herrschaft nach innen, also unserem Leben in diesen Verhältnissen zu tun hat. Ziel ist es, den Begriff Imperialismus von den globalen abstrakten, oft dünnen und nichtssagenden Konstruktionen der alten Antiimps herunterzuholen. D. h. den Begriff wieder in Zusammenhang nicht eben nur mit globalen Widerstandslinien, sondern gerade auch mit dem Alltag

der herrschenden Verhältnisse national und international zu setzen. In Vorbereitung sind kurze Referate zu der internationalen Durchsetzung der kapitalistischen Konkurrenz durch den bürgerlichen Staat und was darin das nationale Interesse ist (es geht um so Sachen wie Währung, Kredit, Schuldendienst, pol. Macht und Konkurrenz, Notwendigkeit von Krieg und Gewalt, etc). Dazu auch die Verdeutlichung an den aktuellen Projekten der BRD, die immer wieder (zurecht) thematisiert werden (so z. B. das Projekt Europa), aber oft nicht weiter verfolgt werden. Desweiteren ein Referat um die Durchsetzung patriachaler Herrschaftsverhältnisse durch imperialistische Staaten, ihren Vasallen und allen Nutznießern; konkrekt am Beispiel Bevölkerungspolitik, im Trikont und in den Metropolen (gemeint sind so Sachen wie Definition von Bevölkreungspolitik, repressive Techniken, Ideologien darin, Gegenkonzepte von Frauen etc). Da es bei dem imperialistischen Programmen auch um die Durchsetzung von bestimmten „Nationen" und ihren Interessen geht, wollen wir einige Thesen zum Zusammenhang von Imperialismus und Nation erarbeiten. Was ist Nation, was ist daran Fiktion, was reale Gewalt und was heißt das konkrekt für alle Menschen, die sich auf dieses Konkstrukt nicht einlassen wollen. Dabei werden wir uns auch kritisch dem Begriff der nationalen Befreiungsbewegungen nähern und überlegen, wie antiimperialistische Solidarität aussehen und hier greifbar werden kann, ohne dabei Ideologien von nationaler Identität und Nation zu bewegen. Abschließend soll es ein kurzes Referat, welches auf den vorhergehenden Referenten aufbaut, dazu geben, worin das Verhältnis von Antiimperialismus und Antinationalismus besteht, daß das eine nicht ohne das andere geht und was das praktisch heißt, also Überlegungen zur Vermittlung dieser „Antis" in unserem Alltag und in den herrschenden Verhältnissen hierzulande. Wir stellen uns vor, nach je einem Referat gemeinsam über unsere dargelegte Argumentation und Anregung oder über andere Ideen zu diskutieren. Wir wollen keine Vorträge halten, sondern den Verlauf von den Interessen und Vorstellungen der TeilnehmerInnen abhängig machen. Insgesamt erhoffen wir, uns gerade über diesen thematischen und konzeptionellen Zugang den Essentials nähern zu können. Also bis dann...

Gruppe T. E. R. Z. Marburg

Kinder hielten die Fahne hoch

Großes Polizeiaufgebot setzte PKK-Verbot gegen kurdische Demonstranten durch

BERLIN (si). Rund 3000 Teilnehmer waren erwartet worden, etwa 300 Menschen kamen und folgten damit einem Demonstrationsaufruf des Deutsch-Kurdischen Kulturvereins. Der Protest richtete sich gegen den Einmarsch der türkischen Armee in den Norden Iraks. Die kleine Prozession, die vom Olivaer Platz über den Kurfürstendamm zum Wittenbergplatz ging, hätte wohl kaum einer bemerkt, gäbe es da nicht das Verbot der Kurdischen Arbeiterpartei PKK und ihrer Symbole.

Vier Hundertschaften der Polizei waren angetreten, um Ausschreitungen zu verhindern und das Verbot durchzusetzen. Ein Mißverhältnis zwischen der Zahl der Demonstranten und der Polizeibeamten wollte die Einsatzleiterin jedoch nicht sehen: „Wir werden uns um jeden Teilnehmer fürsorglich kümmern", sagte sie zu Beginn. Die zugesagte Fürsorge bekamen die Passanten am Kurfürstendamm dann just zum Ladenschluß zu sehen. Als Demonstranten die Fahne der PKK zeigten, wurden die begleiteten Polizeieinheiten verstärkt und die weißen Helme aufgesetzt. Damit hatten die Teilnehmer jedoch gerechnet. Nur noch Kinder hielten die Fahne hoch, Erwachsene, die belangt werden könnten, hielten sich vorsichtig zurück.



EIN ERLAUBTES PLAKAT zeigten diese Kurden auf der Demonstration. Foto: Markus Wächter

Nicht so die Polizei. Nachdem sie zuerst abwartete, ob die Demonstranten die Symbole von selbst beseitigen würden, stürmten etwa zwanzig Beamte den Zug und rissen die verbotene Flagge an sich. Der Junge, der sie hielt, wurde verfolgt und festgehalten, wer im Weg stand, wurde weggestoßen. Dabei gingen die Polizisten unterschiedlich hart vor. Während die Mehrzahl der Beamten sich zurückhielt und auch die Schlagstöcke nur zum Drohen erhob, stürzten sich an anderer Stelle vier Polizisten auf einen Jugendlichen. Als dieser zu Boden ging, setzte sich einer der Beamten auf ihn, ein anderer drückte seinen Stiefel auf das Schienbein des Jungen. Fernsehkameras, die das Geschehen festhalten wollten, wurde schnell die Sicht verstellt, ein Fotograf erhielt einen Schlag ins Gesicht.

Das Ergebnis: Auf dem Kurfürstendamm gab es eine Schlägerei, vier Personen wurden festgenommen, aus den Seitenstraßen kamen noch mehr Beamte und bald umstellten vier Hundertschaften dreihundert Demonstranten, die sich hinsetzten und lautstark gegen die „Provokationen" protestierten. Das Interesse der Passanten war geweckt. Den Parolen aus dem Lautsprecherwagen der Veranstalter wurde nun aufmerksam gelauscht.

Informationen zu den juristischen Auseinandersetzungen wg. der Massenfestnahmen beim EU-Gipfel und Einladung zur Aktion am 1. April

Liebe EU-Gipfel-Gegner und Sammelkläger,

bis zu dem von uns angegebenen Stichtag am 11. März haben sich immerhin ca. 170 Personen für die Sammelklage auf Schadensersatz beim Landgericht Essen gemeldet. Nach Absprache mit ver-schiedenen Anwälten haben wir uns für ein gegenüber den Absprachen beim bundesweiten Nachbereitungstreffen Ende Januar verändertes juristisches Vorgehen entschlossen. Aufgrund vermutlich höherer Erfolgschancen und weil das Verwaltungsgericht für Polizeirecht die eigentlich zuständige Instanz ist, wollen wir zunächst auf dem Wege einer sog. **'Fortsetzungs-Feststellungs-klage'** vom **Verwaltungsgericht** die Rechtswidrigkeit des Polizeivorgehens feststellen lassen. Für diese Klage reichen 2-3 Kläger pro Polizeikessel. Wenn wir mit der Verwaltungsgerichtsklage Erfolg hatten, wollen wir umgehend die Schadensersatzklage beim Landgericht einreichen. Nach den Erfahrungen beim 'Hamburger' und 'Münchener' Kessel wird sich das Landgericht vermutlich an der Rechtssprechung des Verwaltungsgerichtes orientieren. Da bis zum Einreichen der Verwaltungs-gerichtsklage evtl. noch bis zu einem Jahr vergehen kann, bitten wir euch darum, bereits vorher kurze sachliche Gedächtnisprotokolle zu den genauen zeitlichen und örtlichen Umständen eurer Festnahme (Ort und zeitliche Dauer des Kessels, besondere Umstände beim Abtransport, Vorfälle in den Gefangenensammelstellen, Zeitpunkt der Freilassung etc.) an das Stadtteilbüro der Zeche Carl zu schicken (Adresse s. o.) Die Spekulationen über eine **mögliche Einstellung der Ordnungswidrig-keitsverfahren** durch die Polizei (vgl. beiliegenden NRZ-Artikel) sind bisher noch nicht offiziell bestätigt worden. Hier heißt es also erst einmal abzuwarten!

Anläßlich **des Landtagswahlkampfauftaktes der SPD in Essen** wollen wir mit einer politischen Aktion noch einmal an die Essener Massenfestnahme erinnern (vgl. beiliegendes Bürgerflugblatt). Wir treffen uns hierzu am Samstag, den **1. April** (kein Scherz), um **13.00 Uhr** auf dem **'Willy-Brandt-Platz'**, der von uns zum 'Platz des Essener Kessels' umgewidmet wird. Danach gehen wir gemeinsam zur SPD-Kundgebungsbühne auf dem Kennedeyplatz. Zwischen 14.30 und 15.30 Uhr reden dort Johannes Rau, Oscar Lafontaine und Klaus Hänsch. Um unübersehbar auf unser Anliegen aufmerksam zu machen, bringt bitte zahlreiche Transparente und an Stäben befestigte Pappschilder (die wir während der Kundgebung im Publikum hochhalten können) mit. Einige Leute wollen an Stöcken befestigte Wasserkessel (Motto: 'Dies ist kein Kessel') mitbringen und sich mit Schnorr bzw. Rau-Masken verkleiden. Die ganze Aktion soll einen ironisch-irritierenden Charakter haben. Wir hoffen auf eine zahlreiche Beteiligung möglichst aller Betroffener.
Anfang Mai erscheint übrigens die definitive **'Gegengipfel-Dokumentation'** mit den Redebeiträgen aller Veranstaltungen und der Demonstration sowie einem Überblick zu den juristischen Auseinandersetzungen, der Kampagnenvorbereitung, einer ausführlichen Foto- und Ablaufchronologie zum Demotag und diversen Auswertungsbeiträgen. Vorbestellungen sind bereits jetzt unter der Adresse des 'Unrast-Verlages' (vgl. beiliegende Vorankündigung) möglich. (Die Auflage ist begrenzt!)
Bei weiteren Rückfragen meldet euch bitte telefonisch oder schriftlich im Stadtteilbüro der Zeche

Essen schon vergessen?

Zur Erinnerung: Am 9./10.12.94 fand in Essen der EU-Gipfel statt. Die geplante Gegendemonstration wurde zunächst von der Polizei,später von den Verwaltungsgerichten, zuletzt schließlich vom Bundesverfassungsgericht in einer Eilentscheidung verboten.
Trotzdem fanden sich am Samstag, den 10.12., ca. 3.000 Menschen in der Essener FußgängerInnenzone ein, die das Demonstrationsverbot nicht akzeptieren wollten. Die Polizei, die mit 7.000 BeamtInnen aus dem gesamten Bundesgebiet im Einsatz war, veranstaltete regelrechte Hetzjagden auf alles, was irgendwie „links" aussah. Mehrere Spontandemonstrationen wurden eingekesselt. Dabei gingen die SEKs mit äußerster Brutalität vor, so daß es zahlreiche Verletzte gab. Bis zum Abend wurden alle Eingekesselten (ca. 1.000) festgenommen. Der Innenminister des sozialdemokratisch regierten NRW, H. Schnoor, trägt seither den zweifelhaften Ruhm, für die größte Massenfestnahme in der brd verantwortlich zu sein.
Zwar lösten die Essener Ereignisse keinen politischen Skandal aus (der Aufforderung des „Essener Bündnisses gegen den EU-Gipfel", zurückzutreten, kam Schnoor nicht nach), jedoch werden sie juristische Konsequenzen auf mehreren Ebenen nach sich ziehen:

1. Die Verfahren gegen die TeilnehmerInnen der „verbotenen Demonstration"
Insgesamt leitete die Polizei 790 Ermittlungsverfahren wegen Teilnahme an einer „verbotenen Demonstration" ein. Diesen 790 betroffenen Personen wird eine Ordnungswidrigkeit (Verstoß gegen §29 (1) Nr. 1 Versammlungsgesetz) zur Last gelegt. Außerdem wurden 23 Strafverfahren (Verstoß gegen das Versammlungsgesetz §27) wegen z.B. Mitführens „verbotener Gegenstände" eingeleitet.

2. Die Verfassungsklage
Das „Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel" hat gegen das Demonstrationsverbot beim BVG geklagt. Das BVG muß sich nun grundsätzlich mit dem Verbot befassen, da die Eilentscheidung vom 10.12.94 das Verbot des Verwaltungsgerichtshofes Münster aufgrund der knappen Fristen lediglich bestätigen konnte.
Eine Entscheidung wird innerhalb der nächsten 3 Jahre zu erwarten sein. Legt man das sogenannte Brokdorf-Urteil zugrunde, müßte das Demoverbot im Nachhinein für widerrechtlich erklärt werden.

3. Die Klage gegen den Polizeieinsatz
Eine Gruppe von Menschen aus dem Ruhrgebiet klagt gegen den Polizeieinsatz. Eine Essener Anwaltskanzlei bereitet die Klage vor, die voraussichtlich innerhalb der nächsten zwei Monate eingereicht werden soll. Hier geht es darum, den gesamten, völlig überzogenen Einsatz mit allen Schikanen als unverhältnismäßig verurteilen zu lassen. Dies betrifft vor allem die Einkesselungen, das Abführen in Plastikfesseln und die „Stadtrandverbringung" (das Aussetzen von z.B. Minderjährigen nachts an entlegenen S-Bahnhöfen). Sachverständige und AnwältInnen sind von einem positiven Ausgang des Verfahrens überzeugt, da es bereits mehrere Urteile in bezug auf die Rechtswidrigkeit von Stadtrandverbringung und Einkesselung gibt (Hamburg, Mainz, München).

4. Die Klage auf Schadenersatz
Es wurde eine Sammelklage (über einen gemeinsamen Anwalt), die Einkesselung und Festnahme betreffend, eingereicht. Ähnliche Klagen z.B. in Hamburg und München führten zum Erfolg, so daß den Betroffenen zwischen 100 und 150 DM Schadenersatz zugesprochen wurden.

5. Die Klage auf Vernichtung der persönlichen Daten
Laut Presseberichten hat die Essener Polizei die Daten der Festgenommenen an den Verfassungsschutz weitergeleitet. Dies ist rechtswidrig, weil die aufgrund einer Ordnungswidrigkeit erhobenen Daten nicht weitergeleitet werden dürfen. In diesem Fall wird eine Klage vorbereitet, die das Löschen der Daten erreichen soll.
Der EA in Essen sammelt weiterhin Gedächtnisprotokolle, Fotos etc., um sie gegebenenfalls für die Verfahren nutzbar zu machen. EA Essen, Stadtteilbüro der Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, 45326 Essen.

Bunte/lila Hilfe

GEGEN GIPFEL

Greifen wir gemeinsam nach den Sternen!

Dokumentation des Gegengipfels zur Ministerratstagung der europäischen Union vom 9. bis zum 11. Dezember in Essen

Herausgeber: Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel
c/o Stadtteilbüro Zeche Carl
Wilh.-Nieswandt Alle 100, 45326 Essen

Umfang: 64 Seiten · Preis: DM 8.-
Erscheinungsdatum: 15. Mai
30% Rabbat für Buch- und Infoläden sowie WiederverkäuferInnen

Bestellungen und Vertrieb:
Unrast Verlag
Postfach 8020
48043 Münster





SOLIDARITÄT MIT DEN ZAPATISTEN

Am Freitag dem 24. März haben wir, einige Mitglieder der Mexikosoligruppe "Solidaridad directa" das mexikanische Konsulat in Berlin besetzt.
Anlaß war die verherrende Situation der Zapatisten und der mit ihnen geflüchteten Indígenas.
Wie wir einem Boletín ("Land und Freiheit") aus Chiapas entnehmen konnten, waren die Zapatisten und die indigene Bevölkerung in einer fatalen Lage, eingekesselt vom Militär, abgeschnitten von jeder medizinischen Versorgung, ohne Trinkwasser und Lebensmittel. Ein Genocid war jedem Moment zu erwarten.
Am Freitag war ein internationaler Solidaritätstag angesetzt, um mit verschiedenen Aktionen in Europa, dem mexikanschen Staat deutlich zu machen, daß wir unsere Augen nicht verschließen werden und das unsere ganze Solidarität den Zapatisten und dem mexikanischem Volk gilt.
Zur gleichen Zeit fand vor dem Konsulat eine Spontankundgebung, mit ungefähr 60 Leuten statt.
Nach 45 minütiger Besetzung haben wir mit dem Konsul und seinem Sekretär das Konsulat verlassen und unten noch einmal unter der EZLN - Fahne und mit Pasamontañas (die Vermummung die die Zapatisten tragen), vor laufender Kamera das folgende Kommunique verlesen:

Wir grüßen alle compañera/os, die an dieser Aktion in der einen oder anderen Form teilgenommen haben, und wünschen uns und Euch alle notwendige Kraft und Liebe für den weiteren Kampf.
Unsere Solidarität ist auch ein Kampf um Veränderungen in unserem Land, denn der Kampf der Zapatisten geht auch uns an, wir können von dieser entschlossenen, nach vorne weisenden Bewegung sehr viel lernen.

ADELANTE COMPAÑERO/AS!!!



Pat Murray ab 3. April im Hungerstreik!!

Unterstützt die irischen Kriegsgefangenen in Niedersachsen!

(üny) Der erste IRA- Prozeß in Celle steht kurz vor seinem Abschluß. Zumindest einem der Angeklagten, Pat Murray, droht danach die schnelle Auslieferung nach England, wo er zu einer Art Staatsfeind Nr. 1 aufgebaut wurde. Um dies zu verhindern, fordert er seine Überstellung in die Republik Irland, konkret: einen von deutschen Beamten eskortierten Direktflug nach Dublin, dabei keine Tricks wie Bombendrohungen, Triebwerksschäden u.ä., ferner die Benachrichtigung der französischen Behörden, sowie keine Abschiebung in ein Drittland, von wo aus er an die Brits ausgeliefert werden könnte. Zur Durchsetzung seiner Forderungen wird Pat ab dem 3. April unbefristet in den Hungerstreik treten und dabei nur Wasser und Salz zu sich nehmen. Sollte er sich irgendwann nicht mehr selbst äußern können, so sind nur seine Familie, Sinn Féin und seine Anwälte berechtigt, für ihn zu sprechen. In seiner Hungerstreikerklärung bnetont Pat, daß er nicht vor Gericht steht wegfen Verletzung deutscher Gesetze, sondern als Linker und Republikaner, was er als Ausdruck von Gesinnungsjustiz und „Nazimentalität" (Zitat Pat) der Bundesanwaltschaft (BAW) ansieht. Er greift die BRD als Auslieferungsbrücke für die Brits an, da Frankreich nicht direkt an England ausgeliefert hätte. Die BRD handelt ganz offensichtlich stellvertretend für England. Der Prozeß gegen die drei Angeklagten wurde und wird fortgesetzt, obwohl die Hauptvorwürfe fallen gelassen worden sind, weil keine Beweismittel vorliegen. Schon die Auslieferung in die BRD beruhte auf falschen Angaben in den Auslieferungsanträgen, was nicht nur völkerrechtswidrig, sondern auch ein Beschiß der französischen Behörden war - EU hin, EU her. Pat erklärte, daß sogar in einem Staat wie der Republik Irland die Chance auf Gerechtigkeit größer wäre als in der BRD.

Worum geht's eigentlich in Celle?

Seit fast zwei Jahren läuft dort ein Prozeß gegen Póilín O'Catháin, Donncha O'Catháin und Pádraig Murray, denen vorgeworfen wird, an Aktionen der IRA gegen die britische Rheinarmee beteiligt gewesen zu sein. Zuvor wurden sie von Frankreich in die BRD ausgeliefert. Von staatlicher Seite aus wird versucht, den Prozeß möglichst ruhig und unauffällig über die Bühne gehen zu lassen. Der vorsitzende Richter Volkert bemühte sich möglichst objektiv zu wirken und den Anschein zu erwecken, dies sei ein ganz normales Strafverfahren und kein politischer Prozeß. Auch die sog. Sicherheitsmaßnahmen sind relativ lax, was sich natürlich ändern kann. Obwohl die beiden Hauptanklagepunkte zusammengebrochen, bzw. fallen gelassen worden sind und der verbliebene letzte Punkt der Spionagetätigkeit zu Sabotagezwecken mit der U-Haft in Frankreich und der BRD mehr als reichlich abgesessen ist, wird der Prozeß weiter durchgezogen. Alleion Póilín ist gegen Kaution und Meldeauflagen draußen. Dagegen ist Pat trotz seiner Haftunfähigkeit weiterhin im Knast, was offenbar auch mit seiner Bedeutung für die Brits zusammenhängt. Eine absurde Situation: eine Angeklagte gegen Kaution draußen, ein „normaler" Angeklagter, ein haftunfähiger Gefangener im Hungerstreik! Nachdem der Prozeß seit letztem Sommer mit nur noch einem Termin pro Woche in die Länge gezogen worden ist, geht er nun doch dem Ende entgegen. Die Beweisaufnahme ist abgeschlossen. Am 13. März hat die BAW mit ihrem Plädoyer begonnen. Die derzeitige Situation hier wie in England und Irland macht eine Prognose hinsichtlich des Prozeßergebnisses schwierig. Die Urteilsverkündung wird, wenn nichts dazwischen kommt, Mitte bis Ende Mai erwartet. Wer noch mal hinfahren will, sollte sich also beeilen. Prozeßtermine: 29.3., 11.4., 24.4., 5.5., jeweils um 10.15 Uhr, 15.5., um 14.00 Uhr, evtl. 19.5. um ?Uhr. Parallel dazu läuft seit dem 29. Juni '94 ebenfalls in Celle ein Prozeß gegen die in Düsseldorf freigesprochene Donna Maguire. Es geht um die gleichen Vorwürfe wie bei Donncha, Póilín und Pat. Die Termine wissen wir nicht. Ihr könnt sie aber beim OLG erfragen.

Tiocfaidh ár lá! Lever dood as Sllav!



Verwahren, wegschließen, vernichten
- die planmäßige Zerstörung eines politischen Gefangenen in Frankreich

wir haben durch einen Brief von Georges erfahren, daß er seit dem 5.3. in den Hungerstreik getreten ist.

Georges Cipriani ist kranker, haftunfähiger Gefangener aus Action Directe. 1987 wurde er zusammen mit Joelle Aubron, Nathalie Ménigon und Jean Marc Rouillan verhaftet. Jahrelang waren sie einer verschärften Isolation ausgesetzt. Diese Haftbedingungen machten Georges psychisch und physisch krank.

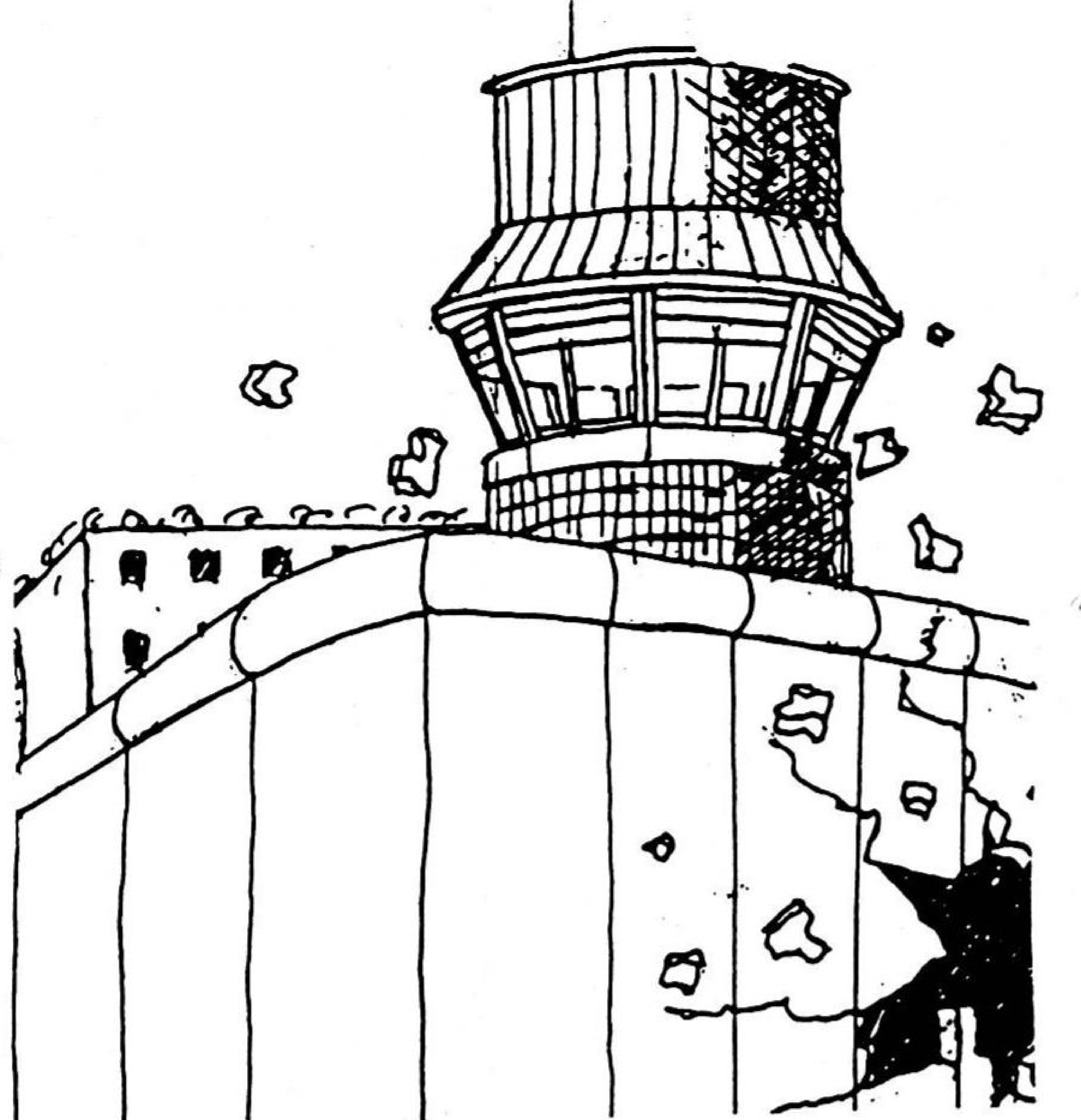
Georges Ciprianis Krankheit und seine Haftbedingungen spitzen sich weiter zu und bilden einen immer bedrohlicheren Kreislauf.

Kurz zur Erinnerung:

Georges wurde am 15.6.1993 in die geschlossene Abteilung einer psychiatrischen Anstalt (Villejuif) verlegt und dort medikamentös zwangsbehandelt, nachdem sich sein Zustand bereits über Monate immer weiter verschlechtert hatte, er unter Halluzinationen und Visionen litt und fast nicht mehr schlafen konnte. Von Villejuif aus wurde er gegen Anraten der Ärzte in dieselben Isolationsbedingungen, in denselben Knast (Fresnes) zurückverlegt. Am 1.11. 93 begann Georges einen 7o tägigen Hungerstreik und wurde daraufhin nach Metz verlegt. Diese Verlegung war die einzige seiner Forderungen, die erfüllt wurde. Einen Vertrauensarzt konnte Georges bis heute nicht sehen, es wurden auch keine weiteren Besuche genehmigt.

Zu Beginn seines damaligen Hungerstreiks erklärte Georges: "Für mich ist es heute schon allein wegen der Probleme, die in den letzten Jahren mit meinem Gedächtnis aufgetreten sind, schwierig zu sagen, seit wann genau sich die Halluzinationen und psychischen Störungen entwickelt haben. Dagegen weiß ich aus Erfahrung, daß ich in den letzten drei Jahren, ja, das heißt ungefähr seit dem Frühjahr 1990, periodisch, in Zyklen immer größere Konzentrationsprobleme hatte, bis dahin, daß ich nicht mehr in der Lage war, egal was im Fernsehen anzugucken, ganz zu schweigen vom Lesen oder Schreiben. Das ging Hand in Hand mit anderen Störungen wie Schwindel, manchmal bis hin zur Übelkeit, plötzlich vollständig auftretende Gedächtnislücken, Nervosität und heftige Unruhe, und besonders Wahrnehmungsstörungen, die sich immer mehr zugespitzt haben.(....) Nach dem, was ich rekonstruieren konnte, scheint im Herbst 92 ein neuer Zyklus begonnen zu haben - jedoch unter dem Druck der Akkumulation offensichtlich auf einer qualitativ höheren Stufe. Die Schwierigkeit oder die Unmöglichkeit zu kommunizieren. (...) Ich habe übrigens schon kurz die beiden Monate von April bis Juni (Anm. 1993) beschrieben, die aus Verletzungen, Unzufriedenheit, unterdrückten Sehnsüchten, geschluckter Wut, Zusammenstößen, Visionen Halluzinationen etc. bestanden. Was statt zu einer Verlegung zu meiner Zwangseinweisung nach Villejuif geführt hat, nachdem ich mich ausdrücklich geweigert hatte, mich unter Neuroleptika setzen zu lassen, mich als hier in der Isolation ein zweites mal begraben zu lassen, diesmal in der chemischen Zwangsjacke. ..."

Und weiter schrieb Georges in der damaligen Hungerstreikerklärung: "Unter diesen Bedingungen gefangen zu bleiben, heißt langfristig dazu verurteilt zu werden, in der Psychiatrie zu landen und in die Hände der Anstaltspsychiater zu fallen ...."



Seit dieser Erklärung sind anderthalb Jahre vergangen. Georges wurde kurzfristig wieder nach Fresnes zurückverlegt, weil ein letzter Prozeß, der im November '93 nach zwei Verhandlungstagen geplatzt und somit vertagt war, im Mai 1994 anstand. Während dieses Prozesses war Georges erneut im Hungerstreik. Ziel dieses Streiks war, eine Behandlung durch einen Psychister seines Vertrauens durchzusetzen, weitere Besuchsgenehmigungen und eine Aufhebung der Isolation.

Nach dem Prozeß wurde er nach Metz zurückverlegt und schließlich nach Ensisheim.

Von seinen Forderungen wurde rein gar nichts erfüllt. Im Gegenteil, seine Bedingungen wurden weiter verschärft. Besuche, die in Metz noch stattfinden konnten sind mittlerweile verboten. Neue Anträge wurden mit der Begründung abgelehnt, daß er nur noch von Angehörigen besucht werden darf oder daß die Ergebnisse der "Nachforschungen" über einzelne Antragsteller eine Besuchsgenehmigung nicht erlauben würden. Diese Praxis bedeutet, daß Georges faktisch nur noch von einer Person Besuch bekommt.

Georges ist haftunfähig und muß aus dem Knast raus!

Sein psychischer Zustand hat sich weiter zugespitzt. Er hat starke Halluzinationen. Er schreibt davon, Stimmen zu hören, die ihm sagen was er tun soll und daß er ständig gegen sie ankämpfen muß Realität. Visionen und Wünsche vermischen sich und er kann sie nicht voneinander trennen. Er empfindet sich als in einer Zwangsjacke steckend.

Wenn sich sein Zustand so sehr verschlimmert, daß er sich in seiner Zelle nicht mehr "ruhig" verhält oder den "Anweisungen des Anstaltspersonals" nicht "Folge leistet", wird er von den Schließern in den Bunker gesperrt. In dieser Zeit kann er überhaupt keinen Besuch haben und es gibt absolut niemanden mehr, der mitkriegt wie es ihm geht. Auch die anderen Gefangenen nicht. Dieses Wegschließen dient der Vertuschung und gleichzeitig der Verschlimmerung seines Zustandes.

Vor dem Prozeß im November '93 diente die medikamentöse Zwangsbehandlung dazu, Georges Symptome abzudämpfen, um ihn im Prozeß als "stabil" vorführen zu können. Jetzt, da diese Öffentlichkeit weggefallen ist, wird er versteckt und weggesperrt, damit zum einen nicht offenkundig wird, wie sich das Vernichtungsinteresse des Staates gegen politische Gefangene bei Georges konkret ausgewirkt hat, und zum anderen wird damit der Zerstörungsprozeß weiter bewußt vorangetrieben.

Durch die weiteren Einschränkungen von Besuchsmöglichkeiten wird es ihm unmöglich gemacht über seine Situation und seine Wahrnehmungen mit Vertrauenspersonen zu sprechen. Dadurch wird es ihm zunehmend verunmöglicht seine Lage realistisch einzuschätzen.

In seinem jetzigen Hungerstreik fordert Georges nach Deutschland verlegt zu werden, in die Wohnung einer ihm vertrauten Person!

Georges muß unbedingt freigelassen werden. Er ist haftunfähig und diese Bedingungen verschlimmern seine Krankheit permanent.

Er braucht eine sofortige und kontinuierliche Behandlung durch einen Psychiater seines Vertrauens!

Er braucht uneingeschränkte Kontaktmöglichkeiten, um sich mit anderen über seine Situation auseinandersetzen zu können!

Setzt Euch für die Veränderung von Georges Situation ein!

Internationalistisches Komitee

Saarbrücken, den 17. März 1995

Die Adresse des Knastes:

Maison Centrale
49, rue de la 1ère Armée

F- 68190 Ensisheim

Europa bringt den Tod

Die Festung Europa wird ausgebaut

Text zum vielmißachteten aber doch so gefährlichen "Schengener Informationssystem (SIS)"

Vorgeplänkel:

Interpol, TREVI, Europol und Schengen; viele verschiedene Begriffe für, na was denn überhaupt. Kaum einEr weiß genaues damit anzufangen. Irgendwie hat das was mit Bullen zu tun, irgendwie ist das was Internationales, irgendwie ist das doch alles dieselbe Scheiße, ist halt Bullenterror, Repression. WelchEr will das wissen, "meine Nische gibt mir Halt". Okay, ab hier wird's schwierig, ab hier gibt's Informationen satt für all die, die mehr wissen wollen und für all die, die nicht nur wissen wollen, daß das System funktioniert, sondern auch wie und ein bißchen warum.

Wie kommen die geneigten LeserInnen denn nun dazu, einen solchen extra für sie geschriebenen Artikel zum Lesen zu bekommen? Warum macht sich jemand solche Mühe?

1. Keine Motivation ohne aktuellen Bezug! Der für den gesamten Themenkomplex unerhört wichtige Zentralcomputer wird am 26. März 1995 in Gang gesetzt werden.

2. Keine Motivation ohne aktuellen Bezug! Am 13.04.94 gibt es eine kurze Zeitungsmeldung zu einer Pressekonferenz von Pro Asyl und der Deutschen Vereinigung für Datenschutz (bitte keine negativen Rückschlüsse wegen des "Deutsch", entsprechen voll dem PC.) Hierin erstmals die Verknüpfung von Schengen und der Abschiebemaschine.

3. Diese Zeitschrift hier kann durchaus noch gute Artikel verkraften.

Übrigens: es tauchen hier eine Menge nicht für jedEn gängige Begriffe auf, die wichtigsten stehen am Ende nochmal erklärt.





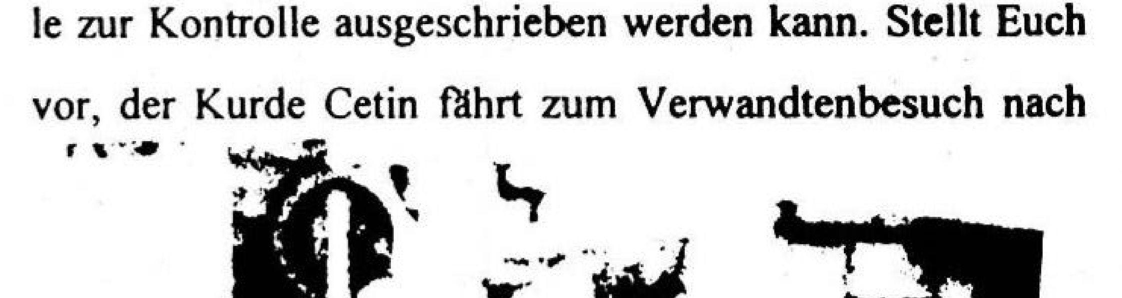
Nu geit dat los, nech:

Die Innenminister der europapolitisch wichtigsten europäischen Staaten haben sich in den letzten Jahren was Neues ausgedacht. Dann und wann sitzen sie zusammen in ihrer TREVI-Runde, beseelt von dem Willen, Staat, Wirtschaft und die dazugehörigen Funktionäre noch besser zu schützen als zuvor. Schützen wollen sie vor Terrorismus, Radikalismus, Extremismus und internationaler Gewalt (Violence Internationale), ergibt zusammen TREVI. Das derzeitige Lieblingskind von den treibenden Kräften unter allen EG-Innenministern heißt: bessere Zusammenarbeit untereinander durch Austausch von computergespeicherten Informationen über alle Menschen, die mit oben genannten Ismen in Verbindung gebracht werden können oder sollen oder aber sonstwie bedrohlich sein könnten.

Der angestrebte automatisierte Informationsaustausch unter den Polizei- und Geheimdiensten der EU-Staaten soll einmal das Europäische Informationssystem sein, ein Computerdatennetz zur Erfassung von Sach- und Personendaten mit einem Zentralrechner in Straßburg und nationalen Verknüpfungsstellen in bislang neun von jetzt 15 EU-Staaten. Für die Bundesrepublik Deutschland soll "INPOL", die Datensammlung des Bundeskriminalamtes (BKA) die Anbindung an das bislang noch nach dem Vertragsort benannten Schengener Informationssystem (SIS) haben. Die deutsche Präsidentschaft in der EU bemühte

sich seit Januar vergangenen Jahres mit erhöhtem Tempo und Druck, sichtbare Fortschritte bei der Lösung von technischen Problemen zu erreichen. Am 26. März dieses Jahres soll laut Mitteilung des Bonner Kanzleramtes das Vetragswerk über den Wegfall der Grenzkontrollen zusammen mit dem Sicherheitspaket "Schengener Durchführungsabkommen" (darin SIS) durch den sogenannten Schengener Exekutivausschuß in Kraft gesetzt werden. Dieses weltweit einmalige Datensystem soll dann von Straßburg aus acht bis zwölf Anfragen pro Sekunde bewältigen können. Entstanden ist dieses einmalige Beobachtungs- und Fahndungssystem als Folge des Schengen I -Vertrages. Darin beschlossen im Juni 1985 die oben als treibende Kräfte bezeichneten Länder Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland den Abbau der Binnengrenzen, genauer gesagt den Abbau der Kontrollen an eben solchen. Kurz vor dem auf den 1.1.1990 festgelegten Stichtag für den Abbau der Schlagbäume wurde von Seiten der Regierenden und der ihnen angeglichenen Medien gezielt eine Sicherheitskampagne losgetreten. Der Wegfall bringe einen Haufen Probleme mit sich. Urplötzlich(?) wurde es bemerkt. Ausgleichsmaßnahmen für den Wegfall der Grenzkontrollen müßten her, weil es nun zu einem drohenden Sicherheitsverlust der Bürgerinnen und Bürger durch die freie Beweglichkeit der sogenannten Organisierten Kriminalität komme. Vor allem der Drogenhandel wurde als "Bedrohung der zivilisierten Gesellschaften" parteiübergreifend dämonisiert. Die Bezeichnung von Europa als "Mekka der Kriminalität" vom ehemaligen Präsidenten des BKA Boge (SPD) machte die Runde, wurde auch nur allzugern geglaubt. Denn es besteht der gesellschaftliche Konsens, daß Organisierte Kriminalität immer etwas Fremdes ist (Mafia, Triaden, Yakuza, Medellin-Kartell...); ein weiterer Grund, Angst vor der "Überfremdung" durch Flüchtlinge zu haben?!

Ein halbes Jahr nach dem Stichtag für den Fall der Schlagbäume konnte das "Schengener Durchführungsabkommen" am 19.06. 1990 unterzeichnet werden. Der Titel "Durchführungsabkommen" sollte dabei verharmlosend wirken. Wir sollten denken: "naja ist halt rein Technisches wie im Einzelnen die Grenzen geöffnet werden. Ein bißchen engere Zusammenarbeit von Polizei untereinander ist da halt nötig. Gähn, welchEn interessiert das? Uns wird schon nichts passieren." Und genau das ist dann auch passiert. Die Sicherheitskampagnen trugen also die Früchte, die erwartet waren. Das war auch dringend notwendig, waren doch Inhalt und Zielsetzung des Vertrages schon zwei Jahre zuvor, nämlich 1988 im großen und ganzen ausgehandelt und festgelegt. Wenn erst im Winter 90/91 nach der fehlenden Sicherheit bei einem Wegfall der inneren Grenzen gefragt wurde, die Antwort darauf (eben Schengen II) aber schon 1988 festgeschrieben war, dann war die Sicherheitskampagne also nur als Rechtfertigung für bereits Bestehendes nachträglich angesetzt worden. Weder eine parlamentarische noch eine außerparlamentarische Opposition kamen zustande. Klammheimlich wurde das Abkommen daraufhin bis September 1993 von den fünf Erstunterzeichnerstaaten ratifiziert.



Das Abkommen läßt sich in drei Hauptgebiete gliedern:

1. Regelungen zu den Binnen- und Außengrenzen, Ausweitung der polizeilichen Zusammenarbeit
2. Einführung einer Visapflicht für sogenannte "Drittausländer", Zusammenarbeit in asylrechtlichen Fragen
3. Einrichtung des Schengener Informationssystems zur praktischen Durchführung der unter 1 und 2 genannten Zusammenarbeit

Konkreter sind dies im einzelnen:

- der Datenaustausch zwischen den Polizeien und Geheimdiensten der Mitgliedstaaten.
- Rechtshilfe in Strafsachen und Auslieferungen unter den Mitgliedstaaten erweitern, die dafür vorgesehenen Dienstwege erleichtern.
- Anerkennung der Nacheile (z.B. belgische Polizei wird auf französischem Gebiet tätig)
- verstärkte (Grenz-)Kontrollen im Inneren der Länder (z.B. Massenkontrollen am Hauptbahnhof)
- Schaffung des Schengener Informationssystems

Fahndungsdatei SIS

Sehen wir uns im folgenden dieses Schengener InformationsSystem etwas genauer an. Stellt Euxch einen riesigen Computer vor, durch Telefonleitungen vernetzt mit anderen Computern in den verschiedenen Ländern. Von hier aus bis hin zu jeder Polizeidienststelle. Dieser Riesencomputer wird in einzelne Datenkategorien unterteilt. Sie sind in den Artikeln des Schengen II-Abkommens schon recht genau festgelegt. Als Vorbild, wie gesagt, diente "INPOL", der jetzt nur noch ein kleiner Teil vom SIS sein wird.

Vorgesehen als Datenkategorien sind: Festnahme (Art. 95 Schengen II), Einreiseverweigerung (Art.96), Vermißte, Gefahrenabwehr (Art. 97), verdeckte Registrierung, beobachtende Fahndung/Befa (Art. 99). Neben den Personendateien werden darüber hinaus (alpha-numerisch erfaßte) Sachen wie z.B. Fahrzeuge oder Bahncards zur Fahndung ausgeschrieben. Online (Direktzugang)-Zugriffsbefugnis werden alle Sicherheits- und Ausländerbehörden (!) aller Mitgliedsstaaten haben. Diese massive Vereinfachung (die Vernetzung) und Beschleunigung (die Vernetzung ermöglicht die oben erwähnten 12 Anfragen pro Sekunde) der Datenverarbeitung läßt nicht nur die umgesetzte Informationsmenge und die Verarbeitungsgeschwindigkeit ansteigen, sondern führt auch zur Ausweitung speicherungsrelevanter Sachverhalte im sogenannten "Präventivbereich". Soll heißen: es wird viel häufiger zu Kontrollen und Überwachungen kommen, **bevor eine "Straftat"** verübt wurde. Dies wird dann auch noch gespeichert. Wesentlich ist, daß die "informationellen Eingriffsbefugnisse" ohne gerichtlich feststellbare Gefahrenmomente möglich sind, d.h. daß allein aufgrund eines unbegründeten Verdachts hin eine Person europaweit in Sekundenschnelle zur Kontrolle ausgeschrieben werden kann. Stellt Euch vor, der Kurde Cetin fährt zum Verwandtenbesuch nach Belgien. Schon allein weil er Kurde ist (potentielle Gefahr), erlaubt dies nun der Polizei sowohl hier als auch in Belgien die gezielte Überwachung. Ist er noch nie "aufgefallen", erlaubt Schengen II es der belgischen Polizei, ihn jederzeit zu überprüfen. Damit erhalten die Polizeien die Möglichkeit zur verwaltungsinternen Selbststeuerung wobei sie rechtliche oder justizielle Vorgaben ausklammern können. Repression erreicht dadurch eine neue Qualität.



Soweit, es kommt noch schlimmer.

Wenn im Art. 99 des Schengen II die "beobachtende Fahndung" auch den "für die Staatssicherheit zuständigen Stellen" zugeschrieben wird, dann heißt das nichts anderes als daß nun die grundgesetzliche Festlegung der Trennung von Polizei und Geheimdiensten umgangen werden kann. Bislang durften diese Daten nämlich nicht vermischt werden. "Naja, wer's glaubt, als ob die das nicht schon immer gemacht hätten", werden jetze einige von Euch denken. Darum geht's aber nicht. Vor Gericht hätte eine Vermischung zur Niederschlagung des Verfahrens führen können. Die Inpol-Daten werden nun auch zu Geheimdienstdaten und umgekehrt, ganz legal und nicht nachvollziehbar. Nur halt außerhalb des Gültigkeitbereichs des Grundgesetzes. Gemischt wird nämlich auf französischem Gebiet. "Gestapo" und "Stasi" kommen dabei unwillkürlich in den Sinn.

Das sogenannte "Verbrechensbekämpfungsgesetz" ist lediglich Folge dieser europaweiten Zusammenarbeit. *Soweit, es kommt noch schlimmer.*

Abgesehen davon, daß mit der präventiven Speicherung die grundgesetzlich garantierte informationelle Selbstbestimmung (das ist immer dann, wenn Ihr z.B. bei der Kontoeröffnung unterschreiben sollt, daß Ihr mit einer Speicherung Eurer Daten einverstanden seid) außer Kraft gesetzt wird, sieht Art. 46 Schengen II auch noch eine Spontanübermittlung zur "Bekämpfung zukünftiger Straftaten" bzw. "zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung" vor, ohne daß der Empfänger um Informationen gebeten hat. Spontanübermittlung heißt hier also vorbeugende Verbrechensbekämpfung in der Form, daß z.B. der Verdacht in der BRD ausreicht, den spanischen Behörden über eigene Staatsangehörige Informationen zu geben (dies könnte noch interessant bei ähnlichen Veranstaltungen wie EXPO in Sevilla sein). Hier werden also Prognosen von Polizeien und Geheimdiensten über das zukünftige Verhalten von Menschen erstellt. Polizeiarbeit wird hier einen weiteren Schritt heraus aus dem Feld des Reagierens auf konkrete Straftaten hinein in das Feld des konspirativen Spionierens (Beobachtungsfahndung) verlegt.

Datenschutz findet nicht statt

Eine Informationspflicht darüber, daß Daten gesammelt oder weitergegeben wurden, ist in Schengen II nicht vorgesehen. Datenschutzregelungen sind zwar kurz vor Abschluß des Vertrages noch mit aufgenommen worden, diese hantieren aber mit extrem vielen verschiedenen Verweisen auf Europakonventionen, Richtlinien, Landes- bzw. Bundesgesetze und Europaratsempfehlungen, so daß ein unübersichtliches Wirrwarr entsteht. Die datenschutzrechtliche Regelung sei nach Auffassung von Thilo Weichert von der DVD entsprechend "gleich Null". *Soweit, es kommt noch schlimmer.*

Auch nicht vorgesehen ist die Möglichkeit zu grenzüberschreitendem Rechtsbeistand (z.B. werden in der Regel keine deutschen AnwätInnen in den anderen Ländern zugelassen) Es besteht keine Informationspflicht über erfolgte Amtshilfe (z.B. geben spanische Behörden Infos weiter nach Deutschland zur "Überführung", keinEr wird es je erfahren). Es gibt keine Zuständigkeit irgendwelcher Gerichtshöfe - auch nicht des europäischen - zur Kontrolle der Arbeit der ausländischen Polizeien.

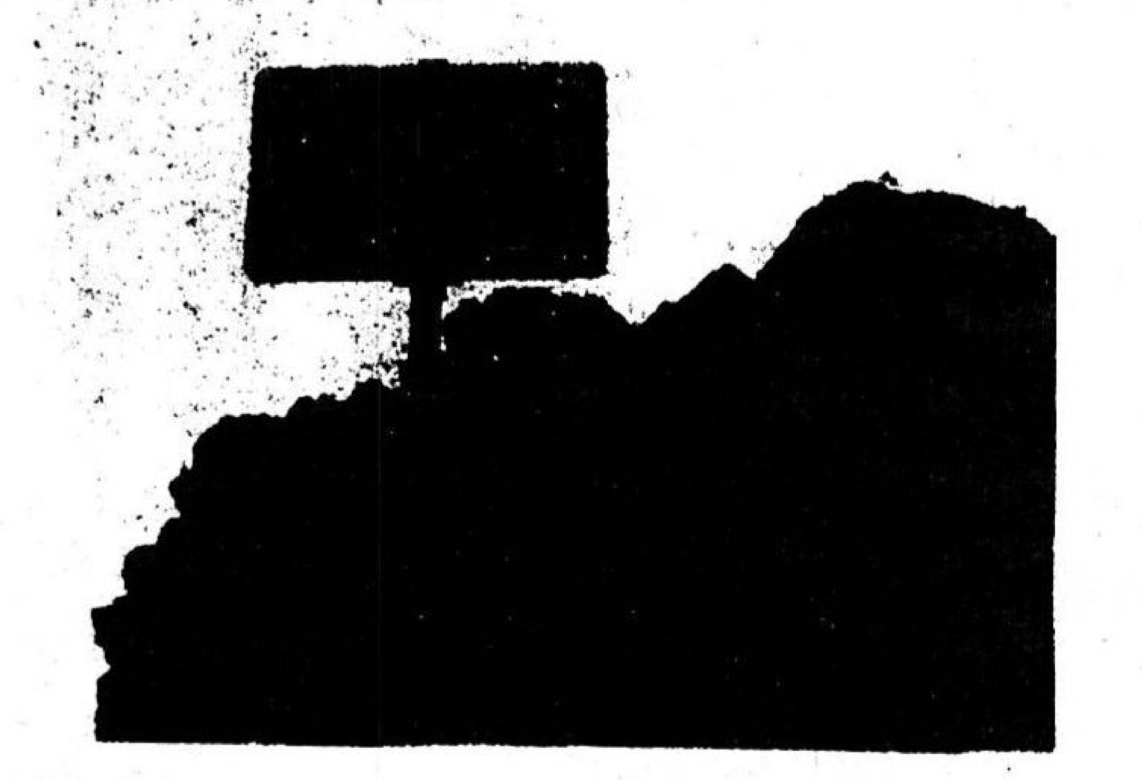
Ist es schon schwierig, sich im Dschungel der anzuwendenden Rechtsvorschriften zu orientieren, ist es geradezu unmöglich, im Rahmen eines Gerichtsverfahrens Fragen der Rechtmäßigkeit der Polizeikooperation zu thematisieren. Besonders die sinnlich nicht wahrnehmbare "informationelle Zusammenarbeit" der Polizeien - wahrnehmbar sind nur die darauf basierenden exekutiven Maßnahmen wie z.B. Festnahmen - ist anhand nationaler Akten oft nicht nachvollziehbar. Den polizeilichen Vorgängen im jeweils anderen Staat kommt dabei eine gerichtlich nicht überprüfbare Tatbestandsqualität zu! Es werden ja lediglich die "Ergebnisse" verwendet, alles andere bleibt im Dunkel. Dabei ist es gerade bei Prozessen wichtig, die Ergebnisherstellung hinterfragen zu können, aktuelles Beispiel ist der Hogefeld-Prozess.

Neben den informationellen Eingriffen wird es auch zu einer Ausweitung von Rechtshilfen (Polizei hilft Staatsanwaltschaft) wie z.B. Durchsuchungen und Beschlagnahmungen kommen.

Neben der informationellen Vernetzung der Polizeidateien ist am 16. Februar vergangenen Jahres in Den Haag das europäische Kriminalpolizeiamt "Europol" offiziell eröffnet worden. Dies muß als Kristallisationspunkt europäischer innerer Sicherheitspolitik gesehen werden. So können die bisherigen nationalen Organisationsstrukturen (Polizeien der Länder) beibehalten und die zentralen Instanzen (Europol mit SIS unter Kontrolle der Innenministerien) von der öffentlichen Wahrnehmung ferngehalten werden. Die Einschätzung der Berliner Ortsgruppe der Roten Hilfe, daß Europol aufgrund zu geringer Kompetenzen noch keine "echte Polizei" sei, verdeutlicht ein Dilemma, das allgemein in der sogenannten Linken zu bemerken ist, vor allem bei den harten männlichen 'Kämpfern'. Wenn europäische Polizei noch nicht in europäischer Uniform selbsständig "abgreifen" kann, dann wirkt sie scheinbar "kompetenzlos" und somit nicht so gefährlich. Es wird Zeit zu sehen, daß genau der unsichtbare Bereich der gefährliche ist, weil er weder parlamentarischer noch außerparlamentarischer Kontrolle unterliegen kann. Das erst führt zu administrativem Totalitarismus, der viel weiter gehen kann, als herkömmlicher Faschismus es könnte.

Asylverweigerungspolitik ohne Grenzen

AusländerInnen- bzw. asylpolitisch einigten sich die Schengener Vertragsstaaten auf einen gemeinsamen Visazwang, der den Zugang zu Europa erschweren soll. Auf der Liste der Staaten, deren Bevölkerung bei Einreisewunsch in die Schengen-Staaten ein Visum vorweisen



müssen, stehen mittlerweile 120 Staaten. Im Gesamt-EG-Rahmen sind es bislang 59 Staaten. Deutlich wird hier, daß das bundesdeutsch initiierte Schengen II bei weitem restriktiver gegen Asylsuchende vorgehen will. Zur Durchsetzung des Visazwangs sieht das Abkommen Sanktionen für Transportunternehmen wie z.B. Fluggesellschaften vor, die Personen ohne Visum in den Schengen-Raum befördern. Bei der Vergabe von Visa als auch bei der Kontrolle an den Außengrenzen werden allen Vertragsstaaten Einspruchsrechte zugestanden, ohne daß hinterfragt wird, warum ein bestimmtes Land ein Einspruchsinteresse hat. Wenn also z.B. eine Madegassin in Belgien einreisen will, so braucht sie dazu die Einverständniserklärung (Visum) des Belgischen Staastes. Dieser darf aber nicht so ohne weiteres sein Einverständnis erklären, wenn z.B. Frankreich als ehemalige Kolonialmacht etwas dage-

---

kleiner Exkurs: Vorsicht Zahlen!!

Taugen Grenzen gegen "Organisierten" Drogenhandel überhaupt?

Die schon als vorgeschoben entlarvte Sicherheitskampagne bzgl. "Organisierter Kriminalität" erscheint einer näheren Betrachtung wert, bedenkt mensch das enorme Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung. Geht von dem Wegfall der Grenzen eine Bedrohung aus und wenn ja dann welche?

Wenn öffentlich von "Ausgleichsmaßnahmen" die Rede war und ist in Bezug auf "Organisierte Kriminalität (OK)", dann geben vielleicht Zahlen darüber Auskunft, welche Vergehen oder Staftaten an Grenzen am häufigsten "entdeckt" wurden. Nach einer in der Zeitschrift des Bundesgrenzschutzes veröffentlichten Statistik von 1988 wurden an allen deutschen Grenzen 6518 Personen wegen Rauschgiftdelikten aufgegriffen. Zu bedenken ist hier, daß bei einem Wegfall eh nur die für solche Delikte halbwegs interessante Grenze zu den Niederlanden nicht mehr überwacht wird. Nach anderen Statistiken läuft über diese Grenze nur der "Ameisenhandel" Große Drogenmengen gelangen sowieso über eine sogenannte "Balkanroute" in die BRD. Diese bleiben weiterhin kontrolliert. Anhand der ohnehin geringen Anzahl der Aufgriffe - wovon sogar noch etwa 2 Drittel an der Grenze zu den Niederlanden stattfanden, also lediglich kleine Fische ins Netz der Kontrollen gingen - läßt sich feststellen, das physische Landesgrenzen zur Eindämmung des organisierten Drogenhandels nicht taugen. Außerdem ist unstrittig, daß eine durch Beschlagnahmungen hervorgerufene Verengung des Marktes nicht den Konsum der Drogen minimiert, sondern allenfalls dient dies zur Marktregulierung und zum Anstieg der Preise. Bei so wenig Fällen ist ein solches "ausgleichendes" Kontrollsystem wie SIS Bei weitem tauglicher sind die Grenzen als ausländerpolitisches Kontrollinstrument. So wurden z.B. 1988 ca. 124.000 Menschen von bundesdeutschen Grenzen zurückgewiesen. Hinzu kommen gut 30.000 Aufgriffe wegen Verstoßes gegen Paß- und Ausländergesetz und mindestens Teile von 13.000 Aufgriffen wegen Fälschens von Pässen.



gen hat, daß diese Frau europäischen Boden betritt. Weder die Frau noch die BelgierInnen haben einen Anspruch darauf, die Gründe für die französische Verweigerung zu erfahren. Hinzu kommt eine Liste aller im Schengen-Raum "unerwünschten Personen", die im zentralen SIS-Computer gespeichert werden wird. Die bundesdeutsche INPOL-Liste führt zur Zeit ca. 23.000 Namen.

Eine gemeinsame Liste sogenannter sicherer Herkunfts- und Erstaufnahmeländer (die meist als "sichere Drittstaaten" genannten osteuropäischen Satellitenstaaten) soll die nationalen Abschottungspolitiken im europäischen Rahmen vereinheitlichen. Dazu dient auch die Einigung im "Londoner Übereinkommen der EG-Einwanderungsminister" von 1992 (dieses von allen 15 EG-Innenministern abgeschlossen), daß an den Außengrenzen aufgegriffene Asylsuchende schon bei Verdacht auf "offensichtlich unbegründete" Asylbegehren direkt wieder abgeschoben werden können, ohne ein "rechtsstaatliches" Verfahren zu durchlaufen. Als "offensichtlich unbegründet" werden nach Darstellung des Innenministeriums folgende Fälle eingestuft:

- Anträge ohne inhaltlichen Bezug zu den Kriterien der Genfer Flüchtlingskonvention
- "Mißbrauchsfälle", bei denen der Flüchtling die "Mitwirkung am Verfahren" durch Vernichtung von Dokumenten oder Vorlage von gefälschten, durch die Verweigerung von Fingerabdrücken etc. verweigert.
- Anträge von Flüchtlingen, die eine "Gefahr für die Sicherheit des Staates gemäß den Bestimmungen des nationalen Rechts" darstellen.
- Anträge von BewerberInnen aus "sicheren Staaten".

Flüchtlinge aus Bürgerkriegsländern, in denen nur ein Teil des Gebietes Bürgerkriegsgebiet ist (z.B. Sri Lanka,Sudan,ehem.Jugoslavien), müssen nachweisen können, daß sie im Herkunftsland alle Rechtswege (gerichtliche Instanzen) ausgeschöpft haben, was ja wohl als eher aussichtslos anzusehen ist.

Mit diesen Möglichkeiten zur "unbegründet"-Deklarierung und der Zuständigkeit des EG-Staates, mit welchem der/die AsylbewerberIn den ersten Bodenkontakt hatte (noch ein anderes Abkommen), wird es in Zukunft einfacher sein, das Problem der "refugees in orbit" (der Parallel- und Folgeanträge stellenden in Europa umherirrenden Flüchtlinge) vor die Tore Europas zu verlagern. Der EG-Kommissionsjurist Gilsdorf nennt diese Flüchtlinge chauvinistisch den "Wanderzirkus".

Von dieser restriktiven Asylverweigerungspraxis der EG-Staaten sind gerade die osteuropäischen Länder unter Druck gesetzt, ihrerseits, wollen sie nicht selbst all die Abgeschobenen aufnehmen, Rücknahmeabkommen mit ihren Nachbarn abzuschließen. Zur Veranschaulichung daraus eine kleine Kostprobe:

Die BRD hat Polen und die Tschechische Republik zu Rücknahmeabkommen genötigt. Polen wiederum diskutiert nun die Einführung der Visumpflicht für die Staaten der ehemaligen Sowjetunion, Rumänien und Bulgarien. Mit der Ukraine wurde ein Rücknahmeabkommen geschlossen. Ein Drittel der polnischen Armee ist an Polens Ostgrenze verlegt. Die Tschechische Republik betreibt die Befestigung der Grenze zur Slowakei und hat mit Polen ein Rücknahmeabkommen. Ungarn setzt seit geraumer Zeit das Militär zur Kontrolle seiner Grenzen zu Serbien und Rumänien ein. Die Schweiz organisiert mit militärischer Logistik die "Aktion Limes".

Die bundesdeutsche Abschottungspolitik wird über europarechtlichen Weg zum Selbstläufer für die Schaffung der Festung Europa.

Der ausländerrechtliche Grundgedanke des Schengen-Vertrages besteht darin, daß sich die Vertragsstaaten verpflichten, ihre Einzelfallentscheidungen zu koordinieren und gegenseitig zu respektieren. Soll heißen: eine Ablehnung wird europaweite Gültigkeit haben. In ihrer eigenen Logik ist zu diesem Zweck der umfassende Austausch personenbezogener Daten notwendig. In der mit dem SIS geschaffenen überdimensionalen Verbunddatei werden Daten aufgrund unterschiedlicher nationaler ausländerrechtlichen Regelungen mit der Absicht gespeichert, daß sich hieran alle anderen Partnerländer orientieren. Das hat zur Folge, daß Staaten Maßnahmen (also Abschiebung, Festnahme etc.) für andere Staaten durchführen, die nach eigenem nationalem Recht möglicherweise unzulässig wären. Hier werden nationale Kriterien international exekutiert. Diese unüberprüfte Exekution fremden Rechts verstößt gegen den Gesetzesvorbehalt, weil hier ein fremder Gesetzgeber über bundesdeutsches Recht entscheidet. Gemäß Art. 96 wird bei der Speicherung zur Einreiseverweigerung in ein europäisches Land keine Vereinbarkeitsprüfung mit nationalem Recht verlangt, sie wird sogar abgelehnt. Dies hat zur Folge, daß eine Ausweisung in einen Staat zu einer faktischen Ausweisung aus der gesamten EU führt. Durchsetzbar ist dies erst mit SIS. Wird also beispielsweise in Griechenland ein Flüchtling nicht anerkannt und abgeschoben, egal, ob diese Ablehnung nach deutschem Recht ebenso erfolgt wäre, so wird dieser Person auch in der BRD die Einreise verweigert. Oder andersrum, jemand wird in Deutschland nicht anerkannt, so muß auch Portugal, dessen Anerkennungsquote fast fünfmal so hoch ist wie die der BRD, den Menschen abschieben. Das wesentlichste hieran ist, daß niemand mehr Verantwortung zu übernehmen braucht nach dem Motto: "Es tut uns leid, wir würden ja vielleicht, aber der Sachzwang, das Europarecht, die anderen Staaten,..."

Beispiel für Sacgzwang?:

Aus diesem Grunde war es demnach auch zwingend, den Art. 16 GG zu kippen, weil dieser subjektiv einklagbares Recht war. Es hätten dann alle anderswo Abgeschobenen in der BRD eine zweite Chance gehabt. Schengen II wäre dann für die Initiatorin des Vertrages, die BRD, zum Boomerang geworden, hätte sie dann doch genau das Gegenteil erreicht. Es wären nicht weniger sondern mehr AsylbewerberInnen gewesen. Völkerrechtliche Verträge verpflichten halt, deshalb war auch jeder Widerstand gegen die Grundgesetzänderung von vorn herein zum Scheitern verurteilt.

Der gläserne "Drittausländer" - die Zusammenarbeit mit Verfolgerstaaten

Zusätzliche Brisanz erhalten die Regelungen zur Speicherung über "Drittausländer" durch eine zynischerweise in der Rubrik "Datenschutz" versteckte Klausel. Nach Art.118 Absatz 2 muß "jede Vertragspartei für die Übermittlung von Daten an Stellen außerhalb des Hoheitsgebietes der Vertragsparteien besondere Vorkehrungen zur Datensicherung treffen".

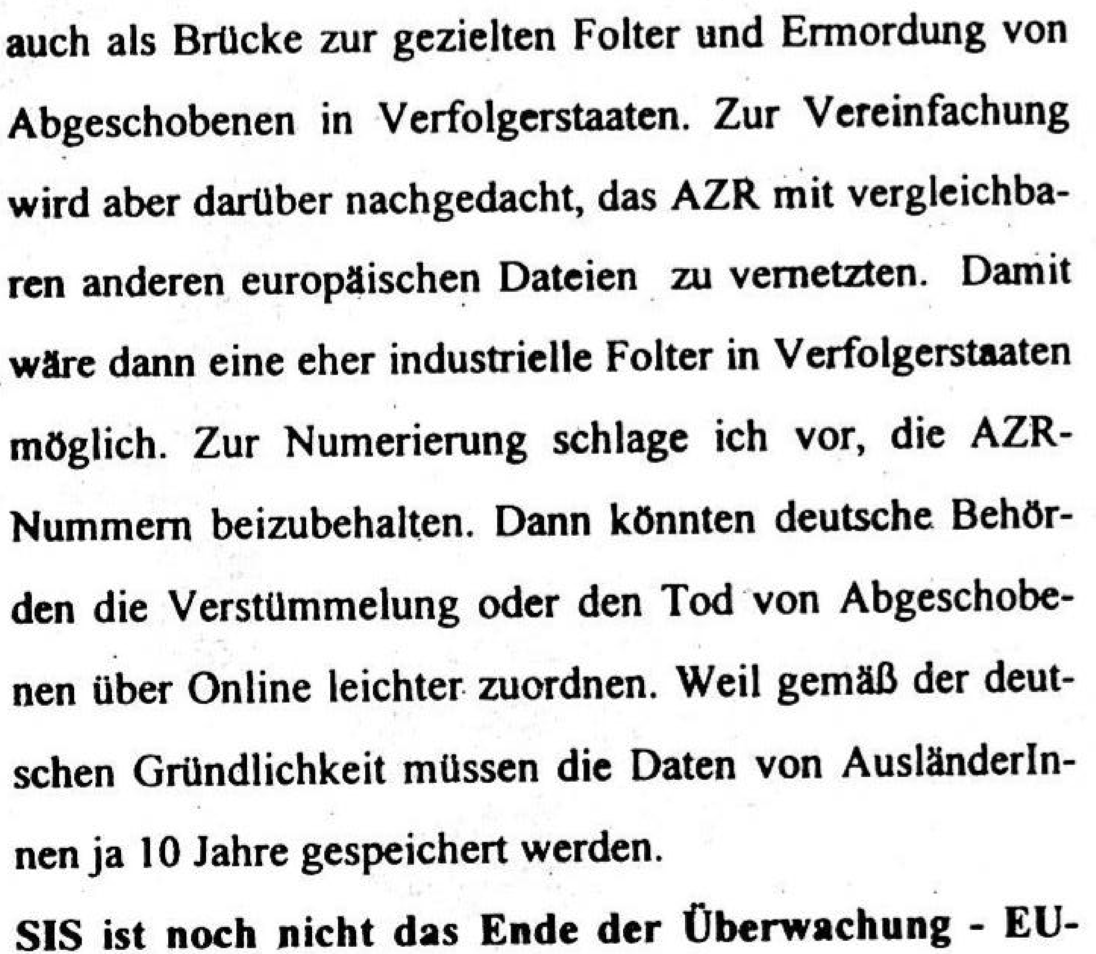
Nicht wesentlich ist hier die "Datensicherung", denn diese muß ja nur versprochen werden. Vielmehr ist wesentlich, daß implizit enthalten ist, daß auch Daten nach außerhalb der Schengen-Staaten übermittelt werden dürfen. Damit ist SIS auch potentielle Datenbasis für Polizei, Militär und Geheimdienste von Verfolgerstaaten, wie den türkischen Geheimdienst MIT. Es dürfte klar sein, was es bedeutet, wenn Daten aus dem SIS den Schergen des Staatsterrors zugänglich sind.

Soweit, es kommt noch schlimmer.

Das Ausländerzentralregister (AZR) beim Bundesverwaltungsamt speichert zur Zeit die Personendaten von 10 Millionen Ausländern und Ausländerinnen. Zusätzlich werden Informationen zu diesen Personen zu folgenden Punkten gespeichert: Asylantrag, Ausweisung, Abschiebung, Ausreiseverbot, Duldung, Einschränkung der politischen Betätigungsfreiheit, Einreisebedenken, Auslierung und Durchlieferung, Ausschreibung zur Grenzfahndung, zur Aufenthaltsermittlung oder zur Festnahme. Gespeichert wird alles pro Person unter einer AZR-Nummer.

Auch wenn vom Innenministerium behauptet wird, daß "Daten aus dem AZR nicht in das SIS übernommen" werden, so zeigt ein Blick auf die in der Zeichnung aufge-

führte Online (Direktzugangs)-Vernetzung der einzelnen AusländerInnen- , Asyl- und Sicherheitsbehörden, daß es ein leichtes ist, daß entweder das BKA selbst oder darüber Europol zukünftig oder irgendwelche Geheimdienste (NADIS) der BRD bzw. der gesamten Schengen-Staaten an die Daten aus dem AZR herankommen können, um diese dann an Polizei oder Geheimdienste "außerhalb des Hoheitsgebietes" zu übermitteln. Zur Zeit läuft dies zwar auch schon, keine Frage aber in konventioneller Amtshilfe und nicht automatisiert. (Erst kürzlich ist bekannt geworden, daß sich in JamesBond-Manier deutsche und türkische Geheimdienstler an der türkischen Grenze trafen um zwei Aktenordner bzgl. PKK auszutauschen.) Somit dient das SIS auch als Brücke zur gezielten Folter und Ermordung von Abgeschobenen in Verfolgerstaaten. Zur Vereinfachung wird aber darüber nachgedacht, das AZR mit vergleichbaren anderen europäischen Dateien zu vernetzten. Damit wäre dann eine eher industrielle Folter in Verfolgerstaaten möglich. Zur Numerierung schlage ich vor, die AZR-Nummern beizubehalten. Dann könnten deutsche Behörden die Verstümmelung oder den Tod von Abgeschobenen über Online leichter zuordnen. Weil gemäß der deutschen Gründlichkeit müssen die Daten von AusländerInnen ja 10 Jahre gespeichert werden.



SIS ist noch nicht das Ende der Überwachung - EU-RODAC kommt

Für den Fall, daß abgeschobene AsylbewerberInnen es schaffen sollten, aus ihrem Herkunftsland ein zweites Mal herauszukommen, um dann unter geändertem Namen ein zweites Mal an den Grenzen zu Europa zu stehen, soll in Zukunft die bei INPOL angegliederte Fingerabdruckdatei AFIS (alle, die nicht die Deutsche Staatsbürgerschaft haben, müssen sich ED-behandeln lassen) auch europaweit ausgedehnt werden. Mit der Schaffung einer dann EU-RODAC (europäische Daktyloskopie) heißenden Zentraleinheit, die wohl ans SIS angegliedert werden wird, ist ein französisches Consulting-Unternehmen beauftragt worden. (Der Name war nicht zu ermitteln.) Damit können Flüchtlinge dann an den Grenzen sofort identifiziert werden, es werden weniger AsylbewerberInnenunterkünfte nötig sein. Für ED-behandelte EurupäerInnen bedeutet die Ausweitung, daß z.B. bei einer Festnahme oder auch nur Kontrolle in einem anderen europäischen Land sofort alle Daten den dortigen Behörden zur Verfügung stehen.

Nachschlag:

Zu den europäischen ausländerrechtlichen Repressionsverstärkungen gesellen sich - hier nur der Vollständigkeit halber genannt - in der BRD Neufassungen von BGS-, BKA- und AZR-Gesetzen, um die datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu lockern.

Die exekutivistische EG-Innenpolitik setzt also Rahmenbedingungen und Strukturen fest, die für die Mitgliedstaaten verbindlich sind. Dies treibt wiederum die Exekutivierung der Innenpolitik auch in Deutschland über sogenannten Sachzwang voran. Neuerungen von Euro-Befa über Sanktionen für Fluglinien bis hin zur unüberprüfbaren Anerkennung fremder Verwaltungsentscheidungen lassen nationalen Parlamenten geschweige denn außerparlamentarischen Gruppen keine Mitsprache und Kontrolle mehr. Das Europaparlament ist mangels Kompetenzen ebensowenig in der Lage.

Ordnungs- und Sicherheitsbehörden werden Freiräume geschaffen, wie sie in Deutschland seit 1945 nicht mehr vorhanden waren.

Der Zentralcomputer, ohne den all das geschilderte nicht möglich ist, steht in Straßburg. Vielleicht tut ja EinEr eine Reise tun. In Frankfurt waren ja kürzlich auch Telekomleitungen irgendwie urplötzlich gestört. Und das Gebäude in Straßburg ist ja auch nur ein Gebäude.

Die Grenze nach Frankreich ist jedenfalls offen. Aber Vorsicht vor der Eurobefa.

Grüße von **OCUPA**
Tore durchbrechen!
Themen besetzen !

INTERPOL
bekanntestes Beispiel internationaler Zusammenarbeit polizeilicher Behörden, seit 1946. Vorher seit 1923 unter dem Titel "Internationale Kriminalpolizeiliche Kommission" z.Zt. 155 Mitgliedstaaten. Bis Anfang der 80er Jahre technisch überaltert. Fernschreibesysteme waren nur die Hälfte der Mitglieder angeschlossen, die meisten mußten per Post erreicht werden, dies wurde erst 1987 mit dem "Automatic Message Switching System (AMSS)" geändert.
Die Interpol-Kartei verfügte nur über ca.180.000 Fingerabdrücke und ca.7000 Lichtbilder - zum Vgl. das BKA besaß zur gleichen Zeit Daten über 6.000.000 Bundesbürger und über 3.000.000 Fingerabdrücke. Die Erfolgsquote lag unter 1%.
1989 wurde mit dem Commutator eine technisch hochwertige Computeranlage (für ca.5.5 Millionen DM) angeschafft. Seitdem werden jährlich ca.1 Millionen Botschaften eingespeist. In Minutenschnelle kann nun mit Namen, Geburtsdaten und einer Tatbeschreibung ein Steckbrief erstellt und übermittelt werden.
Erster international gesuchter Terrorist war Abdu Nidal, der das Kreuzfahrtschiff "Achillo Lauru" am 7.10.1985 entführt und einen Überfall auf den römischen Flughafen am 27.12.85 begangen haben soll.
TREVI
(Terrorisme, Radicalisme, Extremisme, Violence internatonale)
Unter der Bezeichnung TREVI finden seit 1976 regelmäßige Treffen zur Fragen der Inneren Sicherheit und Öffentlichen Ordnung auf unterschiedlichen Ebenen statt.
Oberstes Entscheidungsgremium ist die Ministerebene in der die Justiz-und Innenminister der 15 EG-Länder politische Beschlüsse fassen.
Zweite Ebene ist der "Ausschuß der Hohen Beamten", dem hohe Ministerialbeamte aus den jeweiligen nationalen Ministerien und inoffiziell die Leiter der Nachrichtendienste angehören.
TREVI ist keine EG-Institution sondern eine Art Koordinierungs-und Planungsinstanz für polizeiliche und geheimdienstliche Kooperation.
Sitzunge des TREVI unterhalb der Ministerebene finden ohne Öffentlichkeit statt und die Mitglieder werden geheimgehalten, selbst EG-Beobachter sind nicht zugelassen und eine Kontrolle durch das Europa-Parlament ist nicht vorgesehen.
dritte Ebene Arbeitsgruppen
TREVI 1 (Terrorismusbekämpfung)
TREVI 2 (Polizeiausbildung und Technologie)
TREVI 3 (Juni 1985 -Bereich Schwerverbrechen,OK, Drogen)
TREVI 4 (Ausgleichsmaßnahmen)

1992 entstand die Arbeitsgruppe "Ausgleichsmaßnahmen", um "Sicherheitdefizite" durch die wegfallenden Grenzen festzustellen und auszugleichen.
BKA
Bundeskriminalamt,oberste deutsche deutsche Polizeibehörde
Inpol
Das Datensystem(der Computer) vom BKA , ca. 6 millionen Bundesbürger gespeichert.
Schengen I
Vertrag von 1985, in dem von Frankreich, BRD und den BeNeLux-Staaten die Abschaffung der Grtenzkontrollen festgelegt wurde.
Schengen II
auch "Schengener Durchführungsabkommen", Vertrag von 1990, sollte die sogenannten Ausgleichsmaßnahmen für Schengen I regeln. z.Zt. 9 Unterzeichnerstaaten.
SIS
das Computersystem, was Schengen II möglich machen wird. Darin die Daten aus BKA und den entsprechenden Kriminalämtern der anderen 8 Staaten. Zugriff auch durch Geheimdienste. Fütterung mit den Daten aus anderen Personendatencomputern, wie z.B.Daten über in Deutschland lebende Nichtdeutsche.
Online
mehrere Computer werden über Telefonleitungen miteinander verbunden. Jederzeit können also Daten vom einen zum anderen ohne Kontrolle im Einzelfall transportiert werden.
DVD
Deutsche Vereinigung für Datenschutz
Menschen , die es sich zum Ziel gesetzt haben, die Machenschaften der Bullen und anderer Institutionen zu überprüfen und auf die Gefahren aufmerksam zu machen.
AZR
Ausländerzentralregister
zentrale AusländerInnenerfassung in Deutschland , Daten über ca. 10 Millionen AusläderInnen, wovon nur ca. 6 Millionen in Deutschland leben.

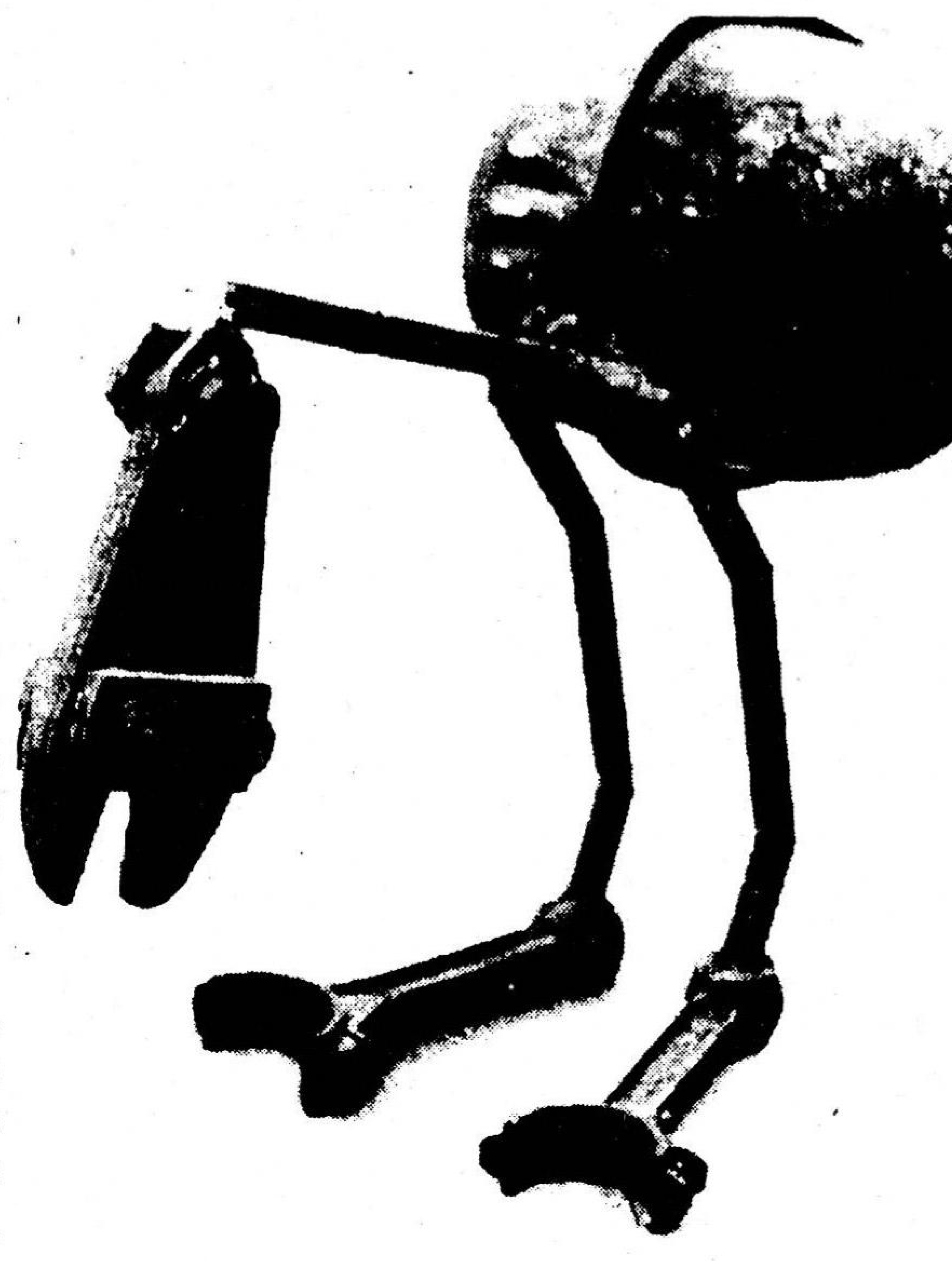
Anlage 1

Ausländerbehörden
Bundesverwaltungsamtsdatei
AZR
BKA-Dateien
INPOL
AFIS
BAFI-Dateien
(Bundesamt für Anerkennung ausländischer Flüchtlinge)
ASYLON
ASYLIS
Generalbundesanwalt
Bundeszentralregister
Geheimdienstdateien
NADIS etc
Schengener Informationssystem SIS
Polizei u. Geheimdienste der übrigen Mitgliedstaaten

Diskussionspapier über sich bewegende Männer und ihre Sorgen.

oder: **Sorgenpapier über sich bewegende Männer und ihre Diskussionen.**

Am 31.01.95 fand im neuen Männercafé im linken Laden KSK eine Diskussion anläßlich der "Darkroom-Sabotage" auf der Gala Infernale im letzten Sommer statt.
Eine Frau, die dieser im hinteren Teil der Kneipe bereits laufenden Diskussion beiwohnen wollte, wurde am Tresen aufgehalten und des Ladens verwiesen, nach dem Motto:"dies sei ein Männercafé also nur für Männer: kein Zutritt für Frauen," - logisch!?
Hier geht es nicht darum, warum die Frau dorthin wollte oder wie sie diese Situation empfunden hat. Das ist nochmal ein ganz anderes Kapitel, welches von anderen geschrieben wird, oder auch nicht.
Dieses Papier ist aus Männersicht geschrieben und knüpft an die Diskussion von getrenntgeschlechtlicher Organisierung, Männerorganisierung, Sinn, Zweck und Gefahren von Männergruppen und daran, was diese neue Männerbewegung denn nun eigentlich sei, an. Auch diese Diskussion war schon Thema einer Diskussionsveranstaltung im Männercafé im KSK, eine Woche vor der oben erwähnten Veranstaltung.
Hier soll nicht an der Notwendigkeit einer Diskussion unter Männern gekratzt werden. Die Verantwortung fortschrittlicher Männer, ihre gesellschaftliche Position zu hinterfragen, sich zu hinterfragen, ihre verinnerlichten Strukturen der Macht und Gewalt untereinander zu knacken, sich auch unter Männern zu öffnen und sich in diesem Rahmen zu reproduzieren und dies nicht von Frauen zu erwarten - die Verantwortung, Bedingungen zu schaffen, mit denen eine gesellschaftliche Veränderung und Utopie auch *mit* Männern vorstellbar ist, liegt auf der Hand. Sie ist eine Forderung des feministischen Kampfes und es ist eine richtige Entwicklung mancher Männer, diese Forderung nicht (nur) als repressiv zu erleben, sondern als Chance für die eigene Emanzipation zu begreifen.
Dies bedeutet, daß Männergruppen, das Organisieren von Diskussionen unter Männern und von entsprechenden Räumen, in denen das möglich ist (wie das Männercafe), gesellschaftliche Freiräume *für Frauen* sind, weil sie durch diese Räume von der Reproduktionsarbeit an Männern und von deren Diskussionen verschont bleiben.
So weit, so gut. Das Problem fängt aber dort an, wo diese Räume von Männern für die Suche nach einer neuen (jetzt guten) *Identität als Männer* genutzt werden, wo Männer anfangen, sich auch abzugrenzen (von wem?) und ein neues "Wir" zu schaffen, ein positives männliches Kollektiv. Die "wild-man"-Bewegung oder etwa das Männerforum Hamburg sind dabei (extreme) Beispiele, wie aus einem progressiven Ansatz reaktionäre Strukturen erwachsen können.
Der Wunsch, aufgrund der verinnerlichten, ansozialisierten Angst vor Machtverlust, sich im Geschlechterkampf auf quasi befriedetes Gebiet zurückzuziehen, um dort das eigene "Männerding" zu leben/erleben/entwickeln, sollte nicht unterschätzt werden. Nicht an den Kriterien der eigenen Macht zu rütteln, sondern sich gegen den Angriff auf die eigene gesellschaftliche Position fit zu machen, das ist die Gefahr von Männerstrukturen.
Auf der Veranstaltung um Männerorganisierung wurde häufig erwidert, daß dieser ganze Prozeß selbstverständlich nicht geheim, sondern so offen, transparent und damit überprüfbar wie möglich gemacht werden soll. Was heißt das? Alle halbe Jahr (wenn`s hoch kommt) ein schlaues Papier zu schreiben?
Wenn Frauen, die die Diskussion mitkriegen wollen, rausgeschmissen werden, kippt diese Argumentation und entpuppt sich als das , was bei der Veranstaltung eher als Unterstellung im Raum stand: das Männercafe ist in diesem Moment (auch) Freiraum für Männer.



Wenn gesagt wird, Männer können besser ohne Frauen reden, "ihre Sachen auf den Tisch packen", ohne sich gehemmt zu fühlen oder den Frauen nach dem Mund zu reden, dann drückt sich darin genau der Wunsch nach einem repressionsfreien Schutzraum aus. Was ist die Angst dabei? Daß Frauen das Kotzen kriegen, wenn sie wüßten, was wirklich in Männern vorgeht? Die Forderung von Frauen, Männer sollen das alleine hinkriegen, können Männer nicht einfach umdrehen. Frauenräume sind etwas anderes als Männerräume! Die Forderung nach getrenntgeschlechtlichen Strukturen kann keine Forderung von Männern sein. Es kann ein Vorschlag sein, der richtig ist; die Kriterien dafür können aber nicht von Männern bestimmt werden. Der Geschlechterkampf soll ja für linke Männer theoretisch (vom Anspruch her) kein gegenseitiger, also kein Kampf gegen Frauen sein. Theoretisch schlagen sich linke Männer auf die Seite der Frauen, weil sie theoretisch erkannt haben, in welchem Ausbeutungsverhältnis sie zu Frauen stehen und sie theoretisch dies beenden wollen. Welchen Sinn haben dann Räume, die gegen Frauen verteidigt werden? Die Praxis stellt sich anders als die Theorie dar. Das (generelle) Rausschmeißen von Frauen aus dem Männercafé sind Beispiele genau dafür.
Wessen Verantwortung ist es denn, wenn Männer durch Frauen in ihrer Aufarbeitung gestört werden? "Ausländer raus" aus weißen Plena, damit die ihren Rassismus mal so richtig gut auf Reihe kriegen?
Es darf keinen für Frauen verbotenen Männerraum geben!
Das Männercafé ist ein wichtiger Ort, um Männerstrukturen anzugehen. Es sind keine Frauen, die den Emanzipationsprozeß der Männer gefährden. Ein exclusiver (ausschließender) Männerort verkehrt sich ins Gegenteil seiner Bestimmung und ist reaktionär.
Dieser Beitrag soll ein konstruktiver sein. Es geht um das "wohin" und nicht um das "ob" einer "Männerbewegung", und um deren kritische Beleuchtung. In diesem Sinne...
ein Mann



Ob die Geschichte der Roten Armee Fraktion als Stadtguerilla in der BRD nach 25 Jahren bewaffnetem Kampf beendet ist, scheint momentan noch offen zu sein. Klar ist jedoch: Seit Oktober 1993 hat es einen Bruch zwischen den Illegalen der RAF und dem großten Teil der Gefangenen aus der RAF gegeben. Auch kann von keinem Gefangenenkollektiv mehr ausgegangen werden.

Dieses Buch macht den Diskussionsprozeß in der jungsten Geschichte der RAF transparent. Die Textsammlung beginnt mit der sogenannten ›April-Erklarung‹ von 1992 und umfaßt die darauf folgende Debatte. Weiter wird die Erklarung der RAF zum Anschlag auf den Gefangnisneubau Weiterstadt und die sich den Ereignissen in Bad Kleinen anschließende Auseinandersetzung zwischen den Illegalen der RAF und den verschiedenen Gefangenengruppen dokumentiert. Der Dokumententeil endet mit der Hungerstreikerklarung zur sofortigen Freilassung von Irmgard Moller im Sommer 1994.

Im Anhang finden sich, neben kurzen biographischen Angaben, eine umfassende Auswahlbibliographie zu den Diskussionen der militanten Linken, eine allgemeine Bibliographie der Texte der RAF und der Gefangenen sowie eine kurze Chronologie zur Geschichte der RAF von 1968–1993.

Nach der 1993 in der Edition ID-Archiv erschienenen Publikation ›Die Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionaren Zellen und der Roten Zora‹, ist das vorliegende Buch ein weiterer Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte und Wirkungsweise militanter Opposition in der BRD.

Guten Tag,

beiliegend ein Besprechungsexemplar von dem gerade erschienenen Buch **'wir haben mehr fragen als antworten'. RAF-Diskussionen 1992-1994. Herausgeber: ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte/Amsterdam.**
Nach der 1993 in der Edition ID-Archiv erschienenen Publikation **Die Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora** ist das vorliegende Buch ein weiterer Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte und Wirkungsweise militanter Opposition in der BRD. Und obwohl der bewaffnete Kampf hierzulande offensichtlich nur noch auf dem Papier stattfindet, geraten Diskussionen darüber immer noch in den Verdacht der "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung". (siehe auch den beiliegenden Beitrag 'Staatsschutz in Göttingen' aus **Die Beute Nr. 5.**)
Diese ärgerlichen staatlichen Zensurmaßnahmen haben uns veranlaßt, die Erstauslieferung des beiliegenden Buches an engagierte Buchhandlungen unangekündigt vorzunehmen. In diesem Sinne verstehen wir die Publikation auch als adäquate Antwort auf die staatlichen Versuche linke Diskussionen zu stören bzw. zu verhindern.
Selbstverständlich ist **RAF-Diskussionen 1992-1994** eine normale Verlagsproduktion.
Über eine Besprechung bzw. einen Hinweis in Ihrer/Eurer Zeitschrift/Zeitung würden wir uns freuen.

Mit freundlichen Grüßen
Martin Hoffmann
(Martin Hoffmann)

ID-Archiv im IISG/Amsterdam (Hg.)
'wir haben mehr fragen als antworten'
RAF-Diskussionen 1992-1994
400 Seiten, 36,-DM
ISBN: 3-89408-044-2

Lebenswege

15 Biographien zwischen Europa und Lateinamerika

Gert Eisenbürger (Hg.)

Verlag Libertäre Assoziation



Erzählt wird von Flüchtlingen aus zwei Epochen: Biographien von antifaschistischen EmigrantInnen, die in den 30er Jahren nach Lateinamerika flüchteten, überkreuzen sich mit den Wegen von politisch Verfolgten, die vierzig Jahre später die umgekehrte Fluchtroute über den Atlantik einschlugen und in der BRD bzw. DDR Zuflucht und Asyl vor den Militärdiktaturen ihres Kontinents suchten.

In ihren Geschichten spiegeln sich ihre Sorgen und Nöte, die Suche nach Aufnahmeländern, das "Herzasthma des Exils". Aber sie geben auch ein Beispiel für die Behauptung der menschlichen Würde. Ihre Lebenswege skizzieren so nicht nur eine Geografie der Verfolgung, sondern auch eine der Hoffnung.

Am 7. April um 19.30 Uhr findet im Buchladen Schwarze Risse, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, Berlin 61, eine Veranstaltung und Lesung mit dem Herausgeber des Buches "Lebenswege", Gert Eisenbürger, und einem der Interviewten, Peter Siemsen, statt. Der Aufforderung zum Abdruck dieser Ankündigung wurde mit einer guten Schokolade Nachdruck verliehen, nur wissen wir die Uhrzeit nicht mehr genau, aber so falsch können wir mit "19.30 Uhr" nicht liegen.

3

Ernesto Kroch

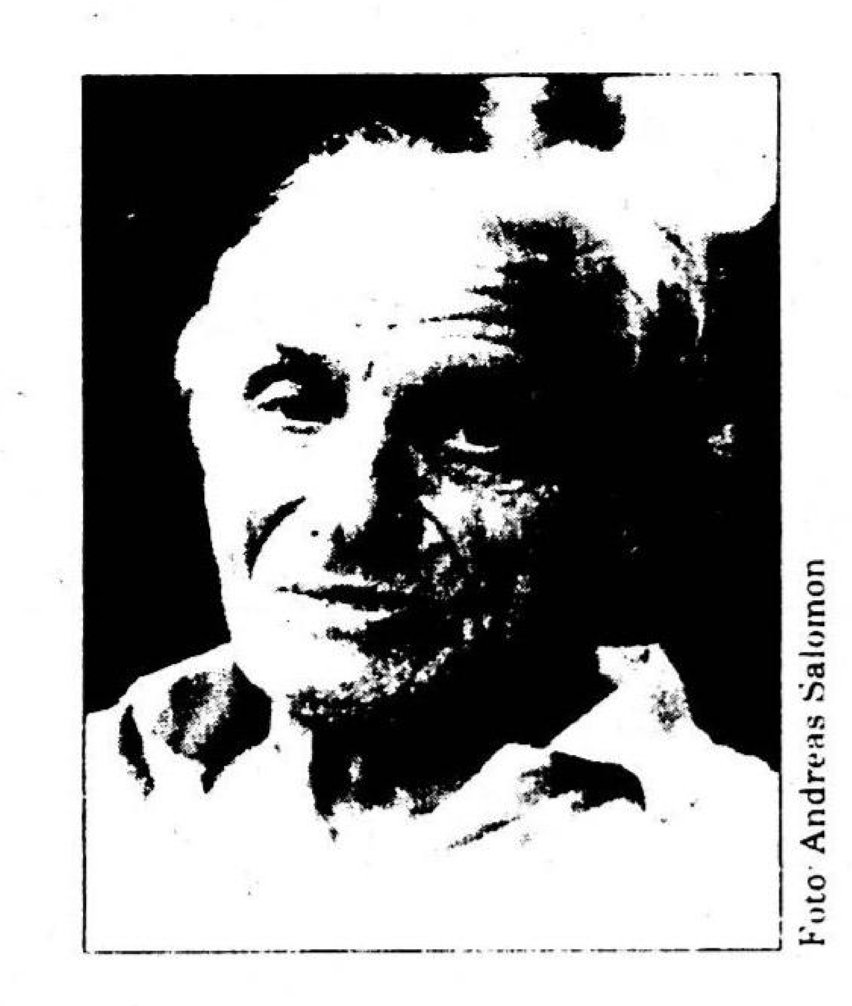


Foto: Andreas Salomon

9

Leni Alexander



Foto: Irmtrud Wojak

Einige Menschen, die aus Nazideutschland nach Lateinamerika geflohen waren, mußten in den siebziger Jahren die Erfahrung von Verfolgung und Exil ein zweites Mal machen. Betroffen davon waren AntifaschistInnen, die in Lateinamerika geblieben waren und sich dort in der Linken engagierten. Aufgrund ihrer Herkunft und Generation waren diese Menschen vor allem in den traditionellen Arbeiterparteien, namentlich bei den Kommunisten, aktiv. Als in den meisten südamerikanischen Ländern Militärdiktaturen an die Macht kamen, wurden Mitglieder linker Organisationen fast überall als „Subversive" und „Feinde der nationalen Sicherheit" verfolgt. Dabei gab es zwischen den einzelnen Ländern gewisse Unterschiede, welche Organisationen als „subversiv" eingestuft wurden. Richtete sich in manchen Staaten die Repression vor allem gegen Leute, die im Verdacht standen, Angehörige, UnterstützerInnen und SympathisantInnen der revolutionären Linken zu sein, gehörten in Ländern wie Chile und Uruguay auch die Mitglieder der traditionellen Kommunistischen Parteien zu den bevorzugten Opfern der Repression.

Mehrere EmigrantInnen, die Deutschland nach 1933 aufgrund politischer oder rassischer Verfolgung verlassen hatten, kamen so als politische Flüchtlinge zurück, weil sie noch die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, Verwandte in Deutschland hatten und natürlich die deutsche Sprache beherrschten.

Zu den Verfolgten, die die politischen Verhältnisse in Lateinamerika zum „Exil in der Heimat" – so der Titel seiner Autobiographie – zwangen, gehört der 1917 in Breslau geborene Ernesto Kroch. Am 9. November 1934 wurde er wegen seiner Mitgliedschaft in einer antifaschistischen Jugendgruppe verhaftet und wegen „Vorbereitung zum Hochverrat" zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung der Haftstrafe wurde er ins KZ Lichtenburg überstellt und Anfang 1937 aus Deutschland ausgewiesen. Mehr oder weniger zufällig kam er 1938 nach Uruguay, wo er sich eine Existenz aufbaute und niederließ. Als dem aktiven Gewerkschafter 1982 erneut Verhaftung, diesmal durch die uruguayische Militärdiktatur, drohte, floh er in die Bundesrepublik. Hier engagierte er sich in der Lateinamerika-Solidaritätsarbeit, schrieb für verschiedene linke Zeitschriften über Uruguay und begann, auch belletristische Texte zu veröffentlichen. Nach dem Ende der Diktatur kehrte er 1985 nach Montevideo zurück, wo das nachfolgende Gespräch im November 1990 zustande kam.



Bei den Begriffen „Flüchtlinge" und „Chile" denken die meisten politisch interessierten Menschen sicherlich an die ChilenInnen, die nach dem Militärputsch in Chile ihr Land verlassen mußten, um den Schergen der Pinochet-Diktatur zu entgehen. Diese Assoziation liegt sicher nahe und kommt auch in den folgenden Kapiteln dieses Buchs mehrfach zur Sprache. Doch vor dem Putsch Pinochets erinnerte man sich bei den Begriffen „Flüchtlinge" und „Chile" an etwas ganz anderes, nämlich daran, daß Chile – ein Land mit einer langen demokratischen Tradition – in diesem Jahrhundert Fluchtziel für Verfolgte aus ganz Lateinamerika war. Und nicht nur aus Lateinamerika: Etwa 13000 deutsche Flüchtlinge meist jüdischer Abstammung fanden in den dreißiger und frühen vierziger Jahren Zuflucht in Chile. Als nach der Reichspogromnacht im November 1938 die Massenemigration der jüdischen Bevölkerung aus Nazideutschland begann und die meisten Länder Europas und Amerikas ihre Aufnahmekriterien für Flüchtlinge verschärften, betrieb die 1938 an die Macht gekommene Volksfrontregierung Chiles eine großzügige, an humanitären Prinzipien orientierte Flüchtlingspolitik und wurde so ein wichtiges Aufnahmeland für jüdische Flüchtlinge aus Deutschland und spanische RepublikanerInnen. Eine der vielen deutschen Jüdinnen, die die Flucht nach Chile vor KZ und Holocaust rettete, ist Leni Alexander, die 1939 als 15jährige mit ihrer Familie in Santiago eintraf. 1924 in Breslau geboren und in Hamburg aufgewachsen, erlebte Leni Alexander als Kind die Machtübernahme der Nationalsozialisten und erfuhr in den folgenden Jahren, wie ihr Lebensraum als jüdisches Mädchen immer weiter eingeengt wurde. Die Emigration nach Chile ersparte ihr noch grausamere Erfahrungen und bedeutete gleichzeitig eine enorme Umstellung für das Mädchen aus bürgerlichem Hause. Sie schaffte es aber, ihren Weg zu machen, studierte Musik und wurde eine bekannte Musikerin. Ab Ende der fünfziger Jahre war sie immer wieder für Studien und Projekte in Europa, kehrte aber häufig nach Santiago zurück. Als 1973 das Militär in Chile putschte, verwandelte sich ihr freiwilliger Aufenthalt in Paris in ein zweites Exil. Wenngleich nicht unmittelbar bedroht, schloß sie eine Rückkehr nach Chile für sich aus, zumal ihre beiden ältesten Kinder 1973/74 als politische Flüchtlinge aus Chile nach Frankreich kamen. 1986 kehrte sie nach Santiago zurück, wo sie 1994 ihren siebzigsten Geburtstag feierte. Im folgenden Porträt, das auf der Basis zahlreicher Gespräche mit Leni Alexander entstand, zeichnet Irmtrud Wojak ihr wechselvolles Leben zwischen Hamburg, Paris und Santiago nach.

11



Omar Saavedra Santis

Nicht nur die Bundesrepublik, sondern auch die DDR nahm nach dem Militärputsch Flüchtlinge aus Chile auf. Ihre Zahl dürfte bei etwa 2000 gelegen haben (zum Vergleich: in die BRD kamen etwa 3000). Diese Tatsache war in der Bundesrepublik fast völlig unbekannt und wurde erst zur Kenntnis genommen, als die chilenische Regierung, in der auch Leute tätig waren bzw. sind, die in der DDR Zuflucht gefunden hatten, Erich Honecker Asyl gewährte.

Auch in der DDR entwickelten die chilenischen Flüchtlinge umfangreiche politische und kulturelle Aktivitäten. Während der Rahmen für autonome politische Aktivitäten unter den DDR-Bedingungen relativ eng war und die politischen SprecherInnen der chilenischen Flüchtlingsgemeinde im „Comité Chile Antifascista" in Berlin genau darauf achteten, daß dieser Rahmen nicht überschritten wurde, gab es für die kulturellen Aktivitäten deutlich mehr Raum und zum Teil materielle und infrastrukturelle Möglichkeiten, von denen chilenische EmigrantInnen in anderen Ländern nur träumen konnten. So kam es am Volkstheater in Rostock zur Gründung einer professionellen spanischsprachigen Theatergruppe, die kritisches lateinamerikanisches Theater auf die Bühne brachte.

Vermutlich in noch größerem Umfang als in anderen Aufnahmeländern begannen sich in den 80er Jahren in der DDR die Reihen der ChilenInnen zu lichten. Viele nutzten – wie andernorts auch – die ersten Lockerungen der Einreisebestimmungen für Exilierte zur Rückkehr nach Chile, andere sahen in anderen Exilländern bessere persönliche, berufliche oder politische Möglichkeiten.

Diejenigen, die in der DDR geblieben waren, erlebten, daß der Staat, in den sie geflohen waren, 1989 zusammenbrach und 1990 verschwand. Sie erlebten auch, wie nach dem Ende der SED-Diktatur Ressentiments gegen Ausländer und Flüchtlinge ausbrachen, die vorher zwar latent da und auch spürbar waren, aber wegen des staatlichen Drucks und der sozialen Kontrolle nie offen zutage traten.

Einer der chilenischen Flüchtlinge, der nach 15 Jahren Aufenthalt „Wende" und Wiedervereinigung miterlebt hat, ist der Schriftsteller und Dramaturg Omar Saavedra Santis, der bis 1994 in Rostock lebte, einer Stadt, die zu DDR-Zeiten ein Zentrum chilenischer Präsenz und Kulturarbeit war und 1992 durch die Pogrome gegen Flüchtlinge zu einen Symbol von Haß und Unmenschlichkeit im wiedervereinigten Deutschland wurde. Seit Anfang 1994 lebt Omar Saavedra Santis in Berlin.



14



Foto: Peter Peitsch

Peter-Paul Zahl

In den siebziger Jahren gehörte er zu den wichtigsten literarischen Stimmen der antiautoritären Linken in der Bundesrepublik. Seine Bücher waren in jeder Wohngemeinschaft zu finden, vor allem sein Schelmenroman „Die Glücklichen" avancierte zum Kultbuch in der linken Szene: Peter-Paul Zahl. Der 1944 geborene Autor, der 1972 bei einer Polizeikontrolle einen Polizisten verletzt hatte und dafür 1976 auf dem Höhepunkt der Terroristenhatz in einem skandalösen Prozeß zu fünfzehn Jahren Haft verurteilt worden war (nachdem das Strafmaß in der ersten Instanz vier Jahre gelautet hatte!), verbrachte zehn Jahre in bundesdeutschen Gefängnissen, die meiste Zeit davon unter Bedingungen totaler Isolation.

Bereits während seiner Haftzeit war für P.-P. Zahl klar, daß er nach seiner Freilassung nicht mehr in Deutschland bleiben wollte. Als er endlich entlassen wurde, reiste er Anfang 1983 auf der Suche nach einem Ort, wo er leben wollte, in die englischsprachige Karibik. Dort begeisterte er sich für die „beautiful revolution" im nur 100 000 EinwohnerInnen zählenden Inselstaat Grenada und hatte vor, Ende 1983 ganz dorthin überzusiedeln. Seine Pläne wurden allerdings durch den Militärputsch und die US-Intervention auf Grenada im Oktober 1983 durchkreuzt. P.-P. Zahl zog daraufhin zunächst an die Atlantikküste Nicaraguas, seit 1985 lebt er auf Jamaica. Dort möchte er dauerhaft bleiben und auch einmal sterben: Er habe schon festgelegt, sagt er, wo er beerdigt werden will.

Nachdem er in den letzten Jahren vor allem Theater gemacht und Essays und Artikel veröffentlicht hatte, überraschte er 1994 seine FreundInnen und LeserInnen mit der Ankündigung, ein „jamaicanischer B. Traven" werden zu wollen. Nach dem Vorbild des geheimnisumwitterten anarchistischen Autors, der sich Anfang der zwanziger Jahre von Deutschland nach Mexiko aufgemacht hatte und in den dreißiger und vierziger Jahren in einem Zyklus von Romanen die sozialen Auseinandersetzungen im mexikanischen Bundesstaat Chiapas und die Lebensbedingungen der dortigen Indígenas beschrieben hatte, wolle er in einer Serie von Kriminalromanen den Wandel der ökonomischen und sozialen Verhältnisse und das Lebensgefühl auf Jamaica vermitteln. Im Mai/Juni 1994 war P.-P. Zahl zur Vorstellung seines ersten Kriminalromans „Ein schöner Mann" und zu einer anschließenden Lesereise wieder einmal in der Bundesrepublik. Bei seinem Besuch in Bonn ergab sich die Gelegenheit zum nachfolgenden Gespräch.

Soli-Night

für die irischen politischen Gefangenen in der BRD



Konzert **Chili Confetti**
Frau Rauscher

Programm:
18.30 Film aus Irland (O mU)
Volksküche und Infos
20.30 Boondoggle Soundsystem
Disco zumAufwärmen
22.00 Konzert Chili Confetti
und Frau Rauscher
mit Überraschungs-Raffle
24.00 Boondoggle Soundsystem
(HipHop Ragga Dub Reggae)

Freitag **31.3.95** friday

Thomas-Weißbecker-Haus
Wilhelmstr. 9 U-Bhf. HalleschesTor

Zeugin gesucht:

Wer hat am 8.9.94 (Zapfenstreich) gegen 20.30 Unter den Linden, Nähe Brandenburger Tor unmittelbar an der polizeilichen Absperrung eine körperliche Auseinandersetzung mit anschließender Festnahme beobachtet? Es handelte sich um einen jungen Mann mit kurzen schwarzen Haaren. Welche Frau hat in diesem Zshg. einem etwa 15 jährigen Mädchen (schlank, dunkelhaarig) den Tip gegeben, den EA anzurufen? Bitte beim EA melden. TEL: 6922222.

45.000 Kriegsflüchtlingen in Berlin droht die Abschiebung nach Ex-Jugoslawien

BLEIBERECHT STATT ABSCHIEBUNG

Informationsveranstaltung
Freitag, 7.April, 18.00 Uhr
Humboldt-Universität (Audimax)

mit
- Bosiljka Schedlich (Südosteuropa-Kulturzentrum
- Rajko Djuric (Internationale Roma-Union)
- Renate Wilson-Gemkow (Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge)

und Berichten von Flüchtlingen

Kommt alle!
Aktion + Kundgebung
Fr. 31.3. 11.. Bhf Zoo



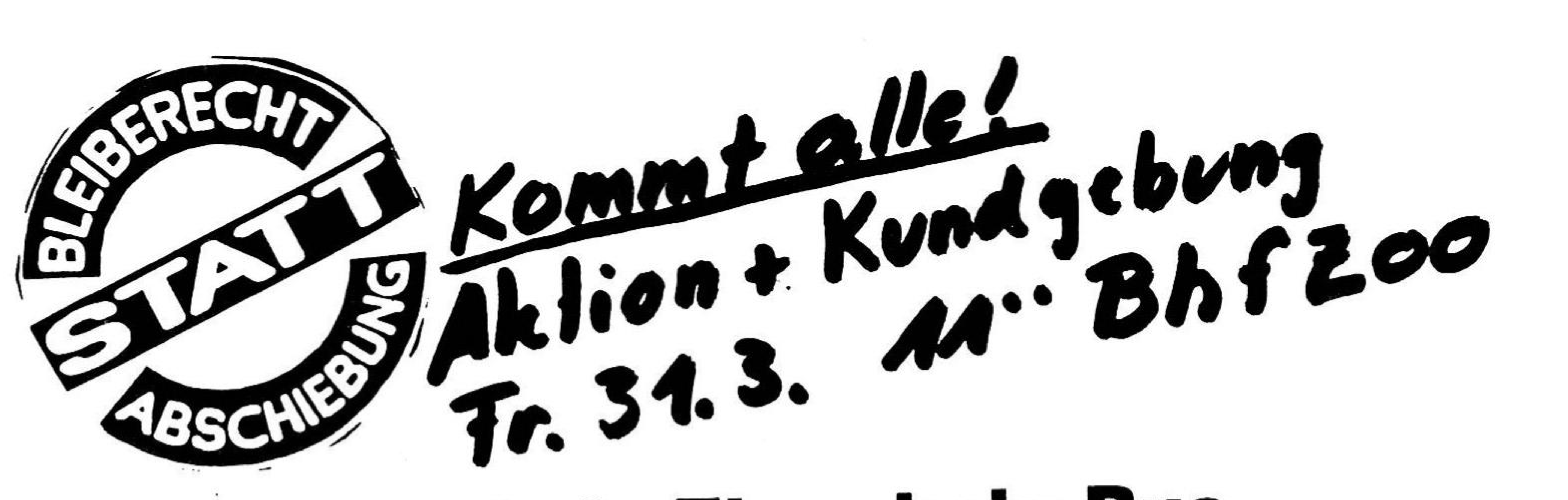
Sonntag, 9.4.95 21.00 Uhr	ab 18.00 Uhr Spieleabend im CLASH, dazu leichte Videokost: **"Die große Schlacht des Don Camillo"**. Die Kommödie im "Kalten Krieg" F / I '56, R: Julien Duvivier, D: Fernandel, Gino Cervi, sw.
Mittwoch, 12.4.95 21.00 Uhr	Antifaschistische Videos im CLASH: **"Bambule"** von U. M. Meinhof Für alle, die ihn auch mal sehen wollten: Diesmal dürfen Männer mitgucken.
Donnerstag, 13.4.95 20.00 Uhr	FrauenLesbenAbend im CLASH. Video: **"Abgetrieben"** BRD 1992 N.Kückelmann. Der Memminger Abtreibungsprozess als "mitreißender" Film. Die bayrischen Behörden wollen an einem Arzt ein Exempel statuieren.
Samstag,15.4.95 21.00 Uhr	Videoreihe im CLASH - FrauenMordenMännerFilme: **"Das Mädchen aus der Streichholzfabrik"**, von A. Kaurismäki
Sonntag, 16.4.95 21.00 Uhr	ab 18.00 Uhr Spieleabend im CLASH, dazu leichte Videokost: **"Hochwürden Don Camillo"**, Die Kommödie im "Kalten Krieg" F / I '59, R: Julien Duvivier, D: Fernandel, Gino Cervi, sw.
Donnerstag, 20.4.95 20.00 Uhr	FrauenLesbenAbend im CLASH, Video: **"Keine Arbeit, keine Familie, kein Vaterland" - Tagebuch einer FTP-MOI Brigade, Toulouse 1942-1944** G. Benayoun, P. Rozenberg. Überlebende berichten über Planung, Organisierung und Durchführung ihres militanten Widerstands.
Donnerstag, 27.4.95 20.00 Uhr	FrauenLesbenAbend im CLASH, Video: **"Von Richtern und anderen Sympathisanten"**, von Penny Pemarz. Wie Nazirichter agierten und nach der "Entnazifizierung" wieder zu "Amt und Würden" gelangten.



Donnerstag, 30.3.95	FrauenLesbenAbend im CLASH	
Freitag, 31.3.95	Kleines Konzert im CLASH: >**Stringman**< mit Gitarre - "selfmade"	20.30 Uhr
Samstag, 1.4.95	**Dokoturnier** im CLASH: Flying Pig Pokal 1995,	16.00 Uhr
Sonntag, 2.4.95 21.00 Uhr	ab 18.00 Uhr Spieleabend im CLASH, dazu leichte Videokost: **"Don Camillos Rückkehr"**, Die Kommödie im "Kalten Krieg" F / I '53, R: Julien Duvivier, D: Fernandel, Gino Cervi, sw.	
Mittwoch, 5.4.95 21.00 Uhr	Antifaschistische Videos im CLASH: **"Kinder, Kader, Kommandeure"**. DDR- Propaganda Stalinistischer Prägung.	
Donnerstag, 6.4.95 20.00 Uhr	FrauenLesbenAbend im CLASH Video: **"Grüne Tomaten"**	







Kein Zug, kein Flug, kein Bus
für die Abschiebung
nach Jugoslawien !

Treffen des Bündnisses + Infos über ARI Tel. 785 72 81
alle 14 Tage



El Locco, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin
U-S-Bahn Yorkstr., tel. 785 99 73

.... Filmreihe ....
50 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges
****

Reise ohne Wiederkehr

16mm Spielfilm, BRD 1990, 98 min., von Alexandra von Grote
Deutschland 1940/41: Tausende von behinderten Kindern und Jugendlichen in Deutschland werden verschleppt. In der NS-Ideologie sind sie "Ballastexistenzen", sie werden umgebracht oder von gewissenlosen Ärzten für grausame medizinische Experimente mißbraucht.
Widerstand einer Ärztin gegen die Deportation behinderter Kinder aus einer katholischen Pflegeanstalt.

Dienstag 04.04. um 19.00 Uhr
Mittwoch 05.04. um 20.00 Uhr

Von Richtern und anderen Sympathisanten

16mm Dokumentarfilm, BRD 1982, 62 min., von Axel Engstfeld
Über 16 000 Todesurteile fällten die Sondergerichte und der Volksgerichtshof während der Nazi-Zeit. Die Richter und Staatsanwälte, die damals Unrecht sprachen, waren nach 1945 alle wieder in Amt und Würden. Die Juristen konnten sich als einziger Berufsstand geschlossen der Verantwortung entziehen. Diese Ungeheuerlichkeit ist Thema des Films.

Dienstag 04.04. um 21.00 Uhr
Mittwoch 04.04. um 16.00 Uhr

Im Land meiner Eltern

16mm Dokumentarfilm, BRD 1981, 88 min. von Jeanine Meerapfel
Jude sein in Deutschland heute. *"Wenn es Hitler nicht gegeben hätte, wäre ich eine deutsch-jüdisches Kind geworden, mehr deutsch als jüdisch, geboren in einem kleinen süddeutschen Dorf"*
" DieHolocaust-Vergangenheit" ist nicht mehr zu bewältigen, aber wachgehalten werden muß sie, auch und gerade um anderer Minderheiten willen. Darauf insistiert Meerapfel ohne eine Spur von Weinerlichkeit und mit behutsamer Beharrlichkeit. (FAZ)

Dienstag 11.04. um 19.00 Uhr
Mittwoch 12.04. um 20.00 Uhr

Das Frankenburger Würfelspiel

16mm Dokumentarfilm, BRD 1988, 98 min., von Alfred Jungraithmayr.
Das " Frankenburger Würfelspiel" ist eine Episode aus dem dreißigjährigen Krieg: aufständische Bauern müssen um ihr Leben würfeln. Mit dem auf NS-Ideologie getrimmten Stück wird auf der Dietrich-Eckart-Bühne in Berlin (der heutigen Waldbühne) das Kulturprogramm der Olympischen Spiele 1936 eröffnet.

Dienstag 11.04. um 21.00 Uhr
Mittwoch 12.04. um 16.00 Uhr



SPAßTAGE-WAS DAS DENN?

Die **Spaßtage** sind vom **14.-17.4.95 in Berlin**.Bunt sollen sie werden,Spaß sollen sie machen,viele Leute sollen kommen und mitgestalten was läuft.
Dem grauen Alltag in der Hauptstadt der Bonzen mit Fantasie und Kreativität entgegentreten-an möglichst vielen Orten auf viele verschiedene Arten.Wenn unser Spaß ihre Zähne zum knirschen bringt-um so besser!
Verschiedene Läden in der Stadt haben ein Rahmenprogramm vorbereitet-*Theater,Filme,Konzerte,infos,Kinderprogramm...*
Es wird Frühstückscafes,Vokü̈s und ne Pennplatzbörse geben.Was sonst noch? Das liegt an euch! Je mehr desto bunter.

Also kommt mit euren Ideen und Projekten,eurer Musik,euren Filmen und,und,und..............



Fantasie und Spontanität
für ein selbstbestimmtes,herrschaftsfreies Leben

Wer jetzt neugierig ist und mehr wissen will: INFOTELEFON/FAX: 030/2796158
immer Dienstags 18-20 Uhr

Vladimir Sliwjak, ein Öko-Anarchist aus Kaliningrad berichtet über die Öko-Schäden in der Ex Sowjetunion. Unter anderem über Aktivitäten von Öko-Gruppen, z.B. durch Besetzung mit den ArbeiterInnen wurde in einem Groß-Betrieb eine Filter-Anlage eingebaut. In Aussicht eines a-nat. Netzwerkes.
Stoff genügend zur Diskussion.
V. Sliwjak ist Mitglied der Organisation Ecodefense.

am Freitag 31.03. um 19.30 Uhr

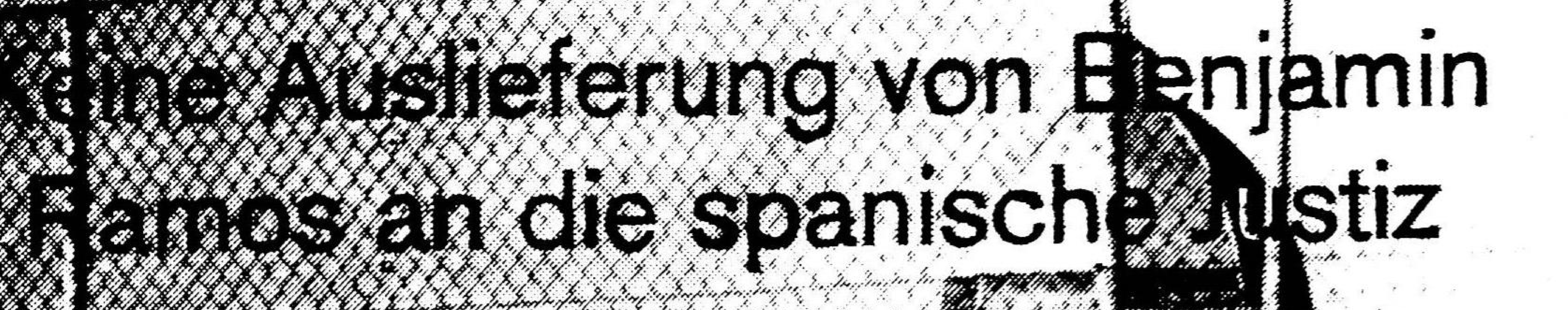


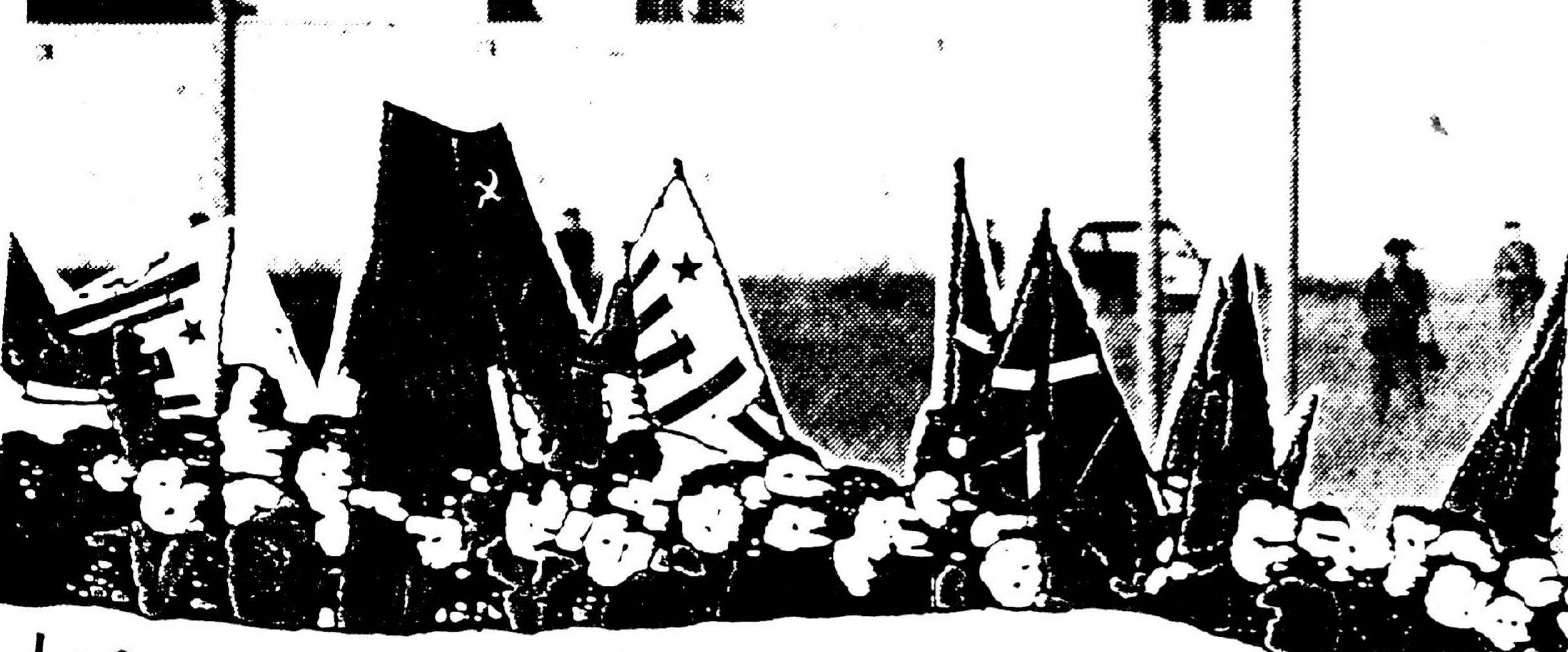
AK KRAAK

das neue Videomagazin mit folgenden Themen:
oberbaumbrücke, berlin invest/ kongreß zu sicherheit + freizeit/ peepshow. nackte männer schütteln ihr gehänge/ abenteuer-spielplatz kreutzigerstr./ conny gedenkdemo. göttingen eu-gipfel. essen/ castor transport...

Donnerstag 06.04. um 20.00 Uhr

Internationale Solidarität







Benjamin Ramos ist 32 Jahre alt und kommt aus Barcelona. Er ist seit vielen Jahren in der legalen katalanischen Linken aktiv und arbeitete in internationalistischen Solidaritätsgruppen. Im Mai 94 mußte Benjamin aufgrund der Aussagen eines gefangenen Etarras aus Spanien fliehen. Der Gefangene hatte die Aussagen unter der Folter gemacht und widerrief sie später, vor dem Haftrichter. Benjamin wird "Mitgliedschaft in der ETA" vorgeworfen. Am 28.1.95 wurde er in Berlin vom SEK in Zusammenarbeit mit der spanischen Polizei verhaftet. Seitdem sitzt er in Moabit in Isolationshaft. Der spanische Staat verlangt seine Auslieferung, was für ihn Folter und eine langjährige Haftstrafe bedeutet.

DAS MUSS VERHINDERT WERDEN!



VERANSTALTUNGEN

30.3., 20.00 Uhr: Informationen zum Auslieferungsverfahren gegen Benjamin
Filmvorführung: "Dieselben Hunde, nur mit anderen Halsbändern"
(über Folter und Todesschwadrone im spanischen Staat)

2.4., 20.00 Uhr: Zur aktuellen politischen Situation in Katalonien und Euskadi
mit Fransces Arnan, Anwalt katalanischer politischer Gefangener
Iñigo Elkoro, Anwalt baskischer politischer Gefangener
Jone Goirizelaia Ordorike

7.4., 21.00 Uhr: Solidarïtätskonzert mit Hardcore- und Skabands, davor Infos,
danach Party

Alle Veranstaltungen im Saal des Thomas-Weißbecker-Hauses,
Wilhelmstr.9, 10963 Berlin, jeweils mit Kiezküche